

Pressespiegel

Das Seniorenzentrum Grullbad in Verbindung mit Küchenausgründung und Ein-Euro-Jobs

Inhaltsverzeichnis

Leserbrief: Vor vollendete Tatsachen gestellt.....	3
Verdi: Kritik an Umstrukturierung.....	3
Chef und Vize kochen weiter für Senioren.....	3
Unterschriften für Erhalt der Küche im Heim	4
Küchenhilfe widersprach „Betriebsübergang“: Kündigung.....	4
Die Angst geht um in der Küche	5
Betriebsrats-Konzept blitzt ab.....	6
Grullbad: Küche bleibt erhalten	7
Vorwurf des Missbrauchs	7
Ein absurder Vorwurf.....	8
Küchen-Rezept für Grullbad in der Kritik	8
Ver.di prüft Klagen gegen Seniorenheim.....	9
Verdi sieht Missbrauch von 1-Euro-Jobbern.....	9
Stadt droht Klage an.....	10
Helfen hilft für einen Euro	10
Arbeitslose brauchen solche Chancen	11
BASTA fordert Rücktritt von Lammers.....	12
Billig-Pflege auf dem Vormarsch	12
„Davon kann ich nicht existieren“	13
1-Euro-Jobber im Altenheim: Neues Kapitel.....	13
Vielfältiger Widerstand in Recklinghausen	14
Initiative für Rolf Kohn gegründet	15
Solidarität mit bedrohtem Betriebsratsvorsitzenden	16
Initiative im Internet präsent.....	16
Arbeitsgerichtsverfahren um SZ Grullbad.....	17
Arbeitsgericht „fahndet“ nach „kochendem Geist“	17
„Allein in der Stationsküche“	18
„Die vielen 1-Euro-Jobs müssen weg“	19
Grullbad: Widerstand gegen die Ein-Euro-Jobs.....	19
Nicht nur der Name ist Phantasie	20
Gewerkschaft lässt sich vor den Karren spannen.....	20
Ein-Euro-Kräfte arbeiten gerne im SZ Grullbad	21
Die Kritik an I -Euro-Jobs ebbt nicht ab	21
Ruhe ist nicht gefragt.....	22
Gütetermin nach fristloser Kündigung	23
Gericht urteilt über Frühstück	24
Rolf Kohn sofort wieder einstellen	25
Brötchen sind doch nur Brötchen	25
Euro-Kräfte arbeiten rechtswidrig	26
Heimaufsicht und Revision ermitteln	27
Markus Breitscheidel kommt nach RE	27
„Abgezockt und totgepflegt“.....	27
Wirbel um Euro-Jobber in Seniorenheimen.....	28
Wie Lachsbrötchen zu Schmiergeld werden.....	29
Gericht sichert Koch seinen Platz am Herd	30
Alles wartet auf Herrn Lammers	30

Streit hält an um Zentrum in Grullbad	31
Offenheit: sehr mangelhaft	32
Richter watscht Betriebsrat heftig ab	34
Aufsichtsrat des SZ Grullbad soll Vergleich vor Arbeitsgericht zustimmen.....	35
Lauter Ruf nach Konsequenzen	36
Für korrekte Ein-Euro-Jobs auf die Straße	37
Bundesweite Proteste gegen Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden.....	37
Justiz fordert Bericht an	39
Konsequenz gezogen	40
Lammers legt ein Amt nieder	41
Eßers folgt Lammers	42
„Buhs" am 1. Mai	43
Weniger für mehr.....	43
Neue Stellen im SZ Grullbad	43

Leserbrief: Vor vollendete Tatsachen gestellt

(Recklinghäuser Zeitung 23.01.06)

- Von: ver.di Bezirk Emscher Lippe Nord
- Betr.: Speisekarte der Senioren wird ab Juli viel variabler
- RZ vom 13. Januar

Nachdem die Geschäftsführung im Seniorenzentrum Grullbad über Monate heimlich mit der Firma appetito über die zukünftige Essensversorgung der Seniorinnen und Senioren und über die Ausgliederung der Küche verhandelt hat, stellt sie jetzt alle vor vollendete Tatsachen.

Zwei Beschäftigte müssen gehen, alle weiteren sollen einen anderen Arbeitgeber bekommen. Dass daran auch andere Arbeitsbedingungen hängen, nimmt man wohl nur zur Kenntnis. Der Schutz der Beschäftigten und ihrer Arbeitsbedingungen bei einem Betriebsübergang nach BGB 613a hält aber zunächst nur ein Jahr. Dann kann ein neuer Arbeitgeber Änderungskündigungen aussprechen und Druck auf die Beschäftigten ausüben. Wo ist ein Konzept, das genau das nicht beabsichtigt? Warum spricht man nicht mit den Beschäftigten, wenn es darum geht, Betriebsteile umzustrukturieren, um sie wirtschaftlicher zu machen? Weder die Betroffenen, noch die Interessensvertretung, der Betriebsrat, sind rechtzeitig über diesen Schritt informiert worden! Und wusste der Heimbeirat, die Interessensvertreter der Bewohner, Bescheid?

Begründet wird die Maßnahme mit den Verlusten zur Sanierung des „Kastanienhofes“. „Der Umbau wird zu teuer – und der Koch muss gehen.“ Sind das die Konzepte, mit denen man das Seniorenzentrum Grullbad wieder in ruhige Fahrwasser bringen will?

Verdi: Kritik an Umstrukturierung

(WAZ Recklinghausen 23.01.06)

Die Gewerkschaft Verdi hat Kritik an den Plänen zur Umstrukturierung im Städtischen Seniorenzentrum Grullbad geübt. Insbesondere die Freisetzung von zwei Mitarbeitern ist Verdi ein Dorn im Auge.

Wie die WAZ berichtete, wird die Firma „Apetito“ aus Rheine zur Mitte dieses Jahres die Essensversorgung in dem Seniorenheim übernehmen. Weder die Beschäftigten noch der Betriebsrat seien vorab über solche Pläne informiert worden, erklärte der Verdi-Bezirk in Recklinghausen und fragt, warum man über ein neues Wirtschaftskonzept nicht mit den Mitarbeitern verhandelt habe.

Chef und Vize kochen weiter für Senioren

Seniorenzentrum Grullbad nimmt kurz vor den Kammerterminen fristgerechte Kündigungen von Frank Kruczynski und Mathias Best zurück. Arbeitsgericht bemängelte „Erwerberkonzept als zu pauschal und schlagwortartig“

(WAZ Recklinghausen 19.05.06)

Was sich im April mit der Rücknahme der ersten Kündigung schon abzeichnete, hat sich in dieser Woche vor dem Herner Arbeitsgericht fortgesetzt. Küchenchef Frank Kruczynski und sein Stellvertreter Mathias Best bleiben zumindest vorerst einmal weiter in den Diensten des Seniorenzentrums Grullbad.

Die beiden Vorgesetzten von weiteren acht Mitarbeitern in der Küche des Seniorenzentrums sollten Mitte des Jahres fristgerecht ihren Arbeitsplatz verlieren, weil sie nach der Übernahme des Küchenbereichs durch das bundesweit vertretene Catering-Unternehmen „Apetito“ in Rheine mit mehreren tausend Mitarbeitern „nicht ins Erwerberkonzept“ passten. So hatten Geschäftsführer Ulrich Lammers und Betriebsleiter Karl-Heinz Hufnagel als Vertreter des alten Arbeitgebers die Kündigungen beider Mitarbeiter begründet. Schon Anfang März beim ersten Termin des von Kruczynski und Best mit ihrem Anwalt Christof Krings angerufenen Arbeitsgerichts gab Richterin Rohkämper der Arbeitgeberseite zwei Merkwürdigkeiten zu bedenken. Erstens sei es nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts schon "ein Sonderfall", wenn der Veräußerer vor einem Betriebsübergang kündige. Und zweitens, und das war rechtlich noch kritischer, sei das auch dem Betriebsrat des Seniorenzentrums übermittelte „Erwerberkonzept zur Optimierung der Versorgung und Einsparung von Kosten bisher nur pauschal und schlagwortartig vorgetragen“ worden.

Diese Bedenken konnte die Arbeitgeberseite offenbar bis zu beiden Kammerterminen bei Richterin Lücke im April und Richterin Rohkämper am Mittwoch dieser Woche nicht nachvollziehbar ausräumen. Kurz vor beiden Terminen flatterten beim Arbeitsgericht die Rücknahmen beider Kündigungen aus dem Büro von Arbeitgeberanwalt Joachimi auf den Tisch. Möglicherweise hat sich aber auch das „Erwerberkonzept“ (Anlieferung von Speisen, die nur noch aufgewärmt werden müssen) geändert.

Unterschriften für Erhalt der Küche im Heim

(WAZ Recklinghausen 08.06.06)

Mit 700 Unterschriften wollen die Beschäftigten des Seniorenzentrums Grullbad den Aufsichtsrat davon überzeugen, dass eine veränderte Beschlusslage zur Konzeption der Essensversorgung in der städtischen Einrichtung Sinn macht. Dass der ursprünglich eingeschlagene Weg so nicht weiter verfolgt werden könnte, ist nach Einschätzung der Gewerkschaft Verdi auch der Geschäftsführung inzwischen klar geworden: Zwei von drei ausgesprochenen Kündigungen gegen Beschäftigte wurden bereits zurückgenommen.

Mit der Dritten befasste sich am Mittwoch das Arbeitsgericht (siehe Bericht auf dieser Seite). Beschäftigte, Bewohner und Angehörige des Seniorenheims haben 700 Unterschriften für den Erhalt der Küche gesammelt. Die Listen sollen am heutigen Donnerstag im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung an die Verantwortlichen übergeben werden.

Küchenhilfe widersprach „Betriebsübergang“: Kündigung

Auch Betriebsrat des Seniorenzentrums Grullbad sieht bei der Ausgliederung der Zentralküche im Juli das letzte Wort noch nicht gesprochen

(WAZ Recklinghausen 08.06.06)

Sorgt Ulrich Lammers als Geschäftsführer der Arge („Vestische Arbeit“) dafür, dass in den acht Stationsküchen des Seniorenzentrums Grullbad Hartz-IV-Empfänger als Ein-Euro-Jobber auf Arbeitsplätzen eingesetzt werden, die früher von Voll- oder Teilzeitkräften mit Steuerkarten besetzt waren, für die Ulrich Lammers als Geschäftsführer des Seniorenzentrums Grullbad ebenfalls zuständig ist?

Diese Frage nach einem möglichen Interessen Konflikt stand gestern im Mittelpunkt eines Gutetermins vor dem Herner Arbeitsgericht. Dort klagt Küchenhilfe Wanda E. (52), weil sie nach ihrem Widerspruch gegen den Betriebsübergang der Zentralküche auf die Apetito GmbH (Rheine) zum 1. Juli die fristgerechte Kündigung bekam. Nach dieser Ausgliederung sei der Arbeitsplatz der Klägerin nicht mehr vorhanden, erläuterten Betriebsleiter Karl-Heinz Hufnagel und Rechtsanwalt Joachimi die Kündigungsgründe.

Selbst wenn das in der Zentralküche so sei, gebe es auf den acht Stationsküchen in dem großen Seniorenzentrum mit gut 170 Bewohnern und über hundert Beschäftigten genug Arbeit für sie, versuchten Klägerin und DGB-Justiziarin Sullivan Richter Nierhoff ihren Standpunkt zu erläutern. Wenn, ja wenn nicht bis zu 40 Aushilfskräfte der „Vestischen Arbeit“ Stück für Stück die Jobs in den Stationsküchen übernommen hätten.

Außerdem, so der im Gericht anwesende Vorsitzende des siebenköpfigen Betriebsrats, Rolf Kohn, sei bei der „Ausgliederung“ der Zentralküche auch noch nicht das letzte Wort gesprochen. Möglicherweise gehe das Apetito-Konzept in Recklinghausen deshalb nicht auf, weil man auf der Kostenseite die Mehrwertsteuer nicht berücksichtigt habe. Der Betriebsrat habe deshalb in Absprache mit der Zentralküche ein Alternativkonzept entwickelt, das schon am heutigen Donnerstag mit der Geschäftsführung besprochen werden soll.

Die auf „Apetito“ übergehenden Küchenmitarbeiter befürchten, dass sich nach einer Bestandsgarantie von einem Jahr ihre Arbeitsbedingungen einschließlich der Entlohnung erheblich verschlechtern. Die seit 1990 beschäftigte Klägerin muss jetzt bis zum Kammertermin im August nachweisen, dass auch außerhalb der Zentralküche ein Arbeitsplatz für sie da ist, kann aber auch über ein Ende mit vom Gericht vorgeschlagenen 9000 Euro Abfindung nachdenken.
(AZ 5 Ca 1148/06)

Die Angst geht um in der Küche

(Recklinghäuser Zeitung, 09.06.2006)

Das Küchenpersonal des Seniorenzentrums Grullbad bangt um seine Arbeitsplätze. Grund: Die Betreibergesellschaft, eine 100-prozentige Tochter der Stadt, möchte die Essensversorgung für die über 170 Bewohner auslagern. Sie hat bereits im Februar einen Vertrag mit dem Cateringunternehmen „Apetito“ aus Rheine geschlossen.

Betroffen sind insgesamt 13 Beschäftigte. Sie werden nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bezahlt. Noch. Wenn die Beschäftigten an das neue Unternehmen übergehen, könnte sich das ändern. „Apetito hat deutlich gemacht, dass es nach einer einjährigen Bestandsgarantie mit deutlich geringeren Lohnkosten weiterrechnet“, sagt Ver.di-Sprecher Thorsten Waschulewski. Im Raum stehe eine Lohnkürzung um bis zu 50 Prozent. Der Betriebsrat hat dem Aufsichtsrat mittlerweile ein Alternativkonzept für die Essensversorgung vorgelegt. „Unser Konzept ist wesentlich preiswerter als das von Apetito“, wirbt die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Inge Kleinert. Nach Meinung des Betriebsrates hat Apetito die Mehrwertsteuer nicht berücksichtigt und so sein Angebot künstlich preiswert gerechnet. Die Belegschaft sei zu Einschnitten wie kürzerer Arbeitszeit bereit, um ihre Stellen bei der Seniorenzentrum GmbH zu sichern.

Gestern Abend beriet der Aufsichtsrat des Seniorenzentrums das Konzept des Betriebsrates. Im Vorfeld überreichte Betriebsratsvorsitzender Rolf Kohn 700 von der Belegschaft gesammelte Unterschriften gegen das Apetito-Arrangement. Ein

unabhängiger Gutachter bewertete auf der Sitzung beide Konzepte. Heute will der Aufsichtsrat den Betriebsrat über das weitere Vorgehen informieren. Auch das Arbeitsgericht in Herne beschäftigte sich mehrfach mit den Entwicklungen in Grullbad. Zwei gegen die Köche des Seniorenzentrums ausgesprochene Kündigungen nahm die Betreibergesellschaft nach einem Gütetermin wieder zurück. Auch eine Küchenhilfe klagt gegen ihre Kündigung. Sie hatte gegen ihren Übergang an die Apetito GmbH Widerspruch eingelegt. Das Verfahren läuft.

Pikante Konstellation

Neben dem Apetito-Arrangement sorgt ein weiterer Umstand für Aufregung: Ulrich Lammers ist sowohl Geschäftsführer des Seniorenzentrums als auch Geschäftsführer der „Vestischen Arbeit“, vormals ARGE. Als solcher ist er für die Einsetzung von Ein-Euro-Jobbern zuständig. 40 von ihnen arbeiten derzeit im Seniorenzentrum, auch in der Essensverteilung. Da Euro-Jobber nur Tätigkeiten übernehmen dürfen, die keine regulären Stellen verdrängen, stellt Thorsten Waschulewski die provokante Frage: „Haben die Bewohner, bevor die Euro-Jobber kamen, nichts zu essen bekommen?“

Betriebsrats-Konzept blitzt ab

(Recklinghäuser Zeitung, 10.06.06)

Das Seniorenzentrum Grullbad hält an dem mit der Catering-Firma Apetito geschlossenen Vertrag fest. Das entschied der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft gestern Abend auf seiner jüngsten Sitzung. Einstimmig, wie es in einer Pressemitteilung heißt.

Für den Betriebsrat bedeutet dieser Entschluss eine herbe Niederlage. Die Belegschaftsvertretung hatte versucht, mit einem eigenen eingereichten Konzept das Arrangement in letzter Minute zu verhindern (RZ - berichtete gestern). Bereits ab Juli geht die Essensversorgung der 171 Heimbewohner an das Unternehmen aus Rheine über.

Nach Überprüfung durch eine Unternehmensberatung stehe fest, dass die „Verbesserung und Erweiterung des Essensangebotes (...) am besten durch das renommierte Unternehmen Apetito gewährleistet“ sei. Damit wird das 13-köpfige Küchenpersonal ab Juli an die Apetito-GmbH übergehen. Der Betriebsrat befürchtet nach Ablauf der einjährigen Bestandsgarantie erhebliche Lohneinbußen für die Mitarbeiter.

Betriebsratsvorsitzender Rolf Kohn gibt sich im Gespräch mit der RZ - kämpferisch: „Bislang liegen uns die Zahlen, auf deren Grundlage die Entscheidung gegen unser Konzept getroffen wurde, nicht vor. Die würden wir aber gerne sehen.“ Kohns Hoffnungen ruhen jetzt auf der Einigungsstelle des Herner Arbeitsgerichts. „Dort sollen alle Unterlagen geprüft werden.“

Kampf geht weiter

Einsetzen will sich der Betriebsrat dafür, dass das Küchenpersonal auch unter der Regie von Apetito nach Tarif bezahlt wird. Rolf Kohn erinnert an einen Überleitungsvertrag mit der Stadt. Der sichere der Belegschaft auch bei einem Verkauf des Unternehmens tarifliche Konditionen zu. Rolf Kohn: „Rat und Bürgermeister stehen in der Pflicht.“

In die Offensive geht derweil der Geschäftsführer der Einrichtung, Ulrich Lammers. Ihm wurde vorgeworfen, als Geschäftsführer der Arge Ein-Euro-Jobber auf Kosten regulärer Stellen ins Heim geholt zu haben. „Es gibt eindeutige Bestimmungen, die den Einsatz von Zusatzjobbern regeln. Es ist konzeptionell hundertprozentig ausgeschlossen, dass reguläre Stellen verdrängt werden.“ asp

Grullbad: Küche bleibt erhalten

Optimierungskonzept im Seniorenzentrum

(WAZ Recklinghausen 13.06.06)

Das Seniorenzentrum Grullbad hält an der Umsetzung des Optimierungskonzepts für das Essensangebot zum 1. Juli 2006 fest. Das ist das einstimmige Ergebnis einer Aufsichtsratssitzung. Das Gremium hatte dazu durch eine professionelle Unternehmensberatung noch einmal drei Konzepte überprüfen lassen, darunter die Lösung mit Apetito Catering und einen Entwurf des Betriebsrates. Priorität bei der Abwägung hatte dabei die Verbesserung und Erweiterung des Essensangebots für die Seniorinnen und Senioren des Hauses.

Diese Optimierung sieht der Aufsichtsrat nach eingehender Beratung am besten durch die professionelle und hochspezialisierte Übernahme des Küchenbetriebs im Haus durch das renommierte Unternehmen Apetito gewährleistet. Die durch die Spezialisierung des Anbieters mögliche Kostenreduzierung wird auch die finanzielle Basis der Einrichtung stabilisieren. Die unter Kostengesichtspunkten günstige Lösung, nämlich die völlige Schließung der Küche als drittes Konzept, wurde verworfen, da sie mehr Arbeitsplätze gekostet hätte als die beiden anderen. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsleitung beauftragt, bei der Umsetzung des Vertrags mit Apetito eine Einigung mit den beiden von einer möglichen Kündigung betroffenen Köchen anzustreben.

Vorwurf des Missbrauchs

(Recklinghäuser Zeitung, 15.06.06)

Missbrauch beim Einsatz von Ein-Euro-Kräften wirft der Personalrat der Stadtverwaltung dem Seniorenzentrum Grullbad vor. Im Mittelpunkt der Kritik: Ulrich Lammers (Foto). Er ist, wie berichtet, sowohl Geschäftsführer der Vestischen Arbeit (ARGE) als auch ehrenamtlicher Geschäftsführer des Seniorenzentrums an der Hochstraße.

„Der selbe Geschäftsführer, der für den Einsatz der Ein-Euro-Kräfte zuständig ist, bedient sich als Geschäftsführer des Seniorenzentrums dieser Ein-Euro-Kräfte und schafft sich seinen eigenen Arbeitsmarkt“, erklärt Personalratsvorsitzender Karl Motz in einer Pressemitteilung. „Nach wie vor werden Ein-Euro-Kräfte für laufende Pflichtaufgaben eingesetzt. Das ist gesetzeswidrig.“

Motz fordert Konsequenzen. Schon vor Jahren habe der Personalratsvorsitzende den damaligen Beigeordneten Karl Janssen auf die vermeintlichen Missstände hingewiesen. Unverständlich sei, dass der Aufsichtsrat noch nicht eingegriffen habe. Ulrich Lammers weist die Kritik an seiner Person zurück: „Ich habe als ehrenamtlicher Geschäftsführer wenig mit dem operativen Geschäft im Seniorenzentrum zu tun.“ Eine Verdrängung regulärer Stellen durch Ein-Euro-Kräfte hält Lammers für „hundertprozentig ausgeschlossen“: „Da gibt es eindeutige gesetzliche Bestimmungen.“ Der Personalrat seinerseits verweist auf eine Dienstvereinbarung mit der Stadtverwaltung. asp

Ein absurder Vorwurf

(Recklinghäuser Zeitung, 17. 06.06)

Als „völlig daneben“ bezeichnet Sozialdezernent Georg Möllers die jüngste Attacke des städtischen Personalrates gegen Ulrich Lammers. Personalrats-Chef Karl Motz wirft dem Geschäftsführer des Seniorenzentrums Grullbad vor, als Geschäftsführer der Vestischen Arbeit (ehemals ARGE) über die Maßen viele Ein-Euro-Jobber auf Kosten regulärer Stellen ins Seniorenheim geholt zu haben (RZ - berichtete). Aus Sicht von Georg Möllers sind die Vorwürfe unhaltbar: „Kein einziger Arbeitsplatz im Seniorenzentrum ist durch den Einsatz von Zusatzkräften weggefallen.“

Die 40 Ein-Euro-Kräfte verrichteten ausschließlich zusätzliche Tätigkeiten. Allerdings räumt Möllers ein: "Die Zusatzkräfte entlasten das Personal." Auf Grund der finanziellen Situation der Betreiber-Gesellschaft sei es nicht möglich, weitere reguläre Stellen zu schaffen. Der Rückgang Zivildienstleistender habe diese Problematik zusätzlich verschärft. Georg Möllers ist Mitglied des Aufsichtsrates der Betreibergesellschaft des Seniorenzentrums. In dieser Eigenschaft bescheinigt er Ulrich Lammers "gute Arbeit". Lammers setze lediglich die Ratsbeschlüsse um, den Einsatz von Ein-Euro-Kräften zu intensivieren. Möllers verteidigt auch die Delegation der Essensversorgung an das Catering-Unternehmen Apetito. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die Betreibergesellschaft aus den roten Zahlen zu führen. asp

Küchen-Rezept für Grullbad in der Kritik

Dezernent Möllers verteidigt den Einsatz von Ein-Euro-Kräften

(WAZ Recklinghausen 17. 06.06)

Die geplante Umstrukturierung der Küche im städtischen Seniorenzentrum Grullbad sorgt weiter für kontroverse Diskussionen. Kritik richtet sich unter anderem gegen Ulrich Lammers. Er ist - seit seiner Zeit im Sozialamt - nebenamtlicher Geschäftsführer der Einrichtung, aber heute vor allem Chef der „Vestischen Arbeit“. Und er steckt angeblich in einem Interessenkonflikt: Im Seniorenzentrum baue er Arbeitsplätze ab, die er dann durch Ein-Euro-Jobber, zu besetzen von der Vestischen Arbeit, wieder belege (so Karl Motz, Personalrat der Stadt). Dieser Ansicht trat der städtische Sozialdezernent Georg Möllers, Mitglied im Aufsichtsrat des Altenheims, entgegen. Er verwies auf eine Ratsentscheidung, die die Verwaltung ausdrücklich auffordert, stärker als im bisherigen Umfang das Instrument des Ein-Euro-Jobs zu nutzen, um Einsatzmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu schaffen. "Ulrich Lammers tut im Seniorenzentrum exakt das, was Rat und Stadtverwaltung wünschen. Dabei wird genau darauf geachtet, dass die Regeln eingehalten werden, die Jobs also zusätzlich sind und keine regulären Arbeitsplätze dadurch gefährdet werden", sagte Möllers. Er hält Angriffe gegen Lammers für „unsachlich und polemisch“.

Im Seniorenzentrum soll - wie die WAZ berichtete - ab Juli ein neues Konzept für die Essensversorgung umgesetzt werden. Der neue Partner, die Firma Apetito aus Rheine, soll die Zutaten für das Essen vorbereitet anliefern, endgültig zubereitet werden die Mahlzeiten im Zentrum selbst mit einem Teil des bisherigen Küchenpersonals: „Das ist unter den gegebenen Rahmenbedingungen - keine Schließung der Küche, keine betriebsbedingten Kündigungen - die günstigste Lösung“, sagte Möllers. Dies habe auch eine zu Rate gezogene Unternehmensberatung so festgestellt.

Das neue Konzept werde dazu beitragen, das Haus aus den roten Zahlen zu bringen und gleichzeitig so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. "Dass Ein-Euro-Jobber dort tätig sind, trägt mit zu einem guten Angebot für die Bewohner bei", so Möllers. ezn

Ver.di prüft Klagen gegen Seniorenheim

(Recklinghäuser Zeitung 24.06.06)

GRULLBAD: Der Ton in der Auseinandersetzung um den Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Seniorenzentrum Grullbad wird schärfer.

Als „politischen Skandal“ bezeichnet Andrea Becker, Geschäftsführerin in Ver.di Emscher Lippe, das Wirken von Ulrich Lammers. Durch den verstärkten Einsatz von Zusatzkräften vernichte der Geschäftsführer, der als Geschäftsführer der Vestischen Arbeit zugleich für den Einsatz von Ein-Euro-Kräften zuständig ist, gezielt reguläre Arbeitsplätze. Sechs Vollzeitstellen seien seit Lammers' Amtsantritt im Seniorenzentrum vor fünf Jahren gestrichen worden.

Die Gewerkschaft prüft Klage gegen die Betreibergesellschaft des Seniorenzentrums – einer 100prozentigen Tochter der Stadt. „Wir denken, dass einige Ein-Euro-Jobber gute Chancen haben, feste Stellen einzuklagen“, sagt Ver.di-Sekretär Thorsten Waschulewski. Die Gewerkschaft hegt den Verdacht, dass die rund 40 Ein-Euro-Kräfte im Seniorenzentrum nicht nur, wie gesetzlich festgelegt, zusätzliche Arbeiten verrichten. Befragungen vor Ort hätten diesen Verdacht erhärtet.

Beispielhaft für die Verdrängung regulärer Stellen sei die Gartenpflege: Diese sei längere Zeit von einer beauftragten Firma erledigt worden. Mittlerweile seien hier Ein-Euro-Kräfte am Werk.

Verdi sieht Missbrauch von 1-Euro-Jobbern

Gewerkschaft übt massive Kritik an Geschäftsführung im städtischen Seniorenzentrum Grullbad. Sie fordert die strikte Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben: Arbeiten müssen „zusätzlich“ sein

(WAZ Recklinghausen 24.06.06)

Die Gewerkschaft Verdi sieht einen massiven Missbrauch von 1-Euro-Jobbern im städtischen Seniorenzentrum Grullbad. Das Gesetz verlange, dass 1-Euro-Jobber nur für zusätzliche gemeinnützige Arbeiten zum Einsatz kommen dürften. Bei der Umstrukturierung der Küche im Seniorenzentrum sei dieses Kriterium nicht erfüllt; die 1-Euro-Jobs verdrängten reguläre Stellen. Auch das neue Konzept für die Essensversorgung durch die Firma „apetito“ (Rheine) sei ohne 1-Euro-Jobs nicht umsetzbar. Verdi-Geschäftsführerin Andrea Becker: „Die gesetzlichen Vorgaben müssen hier endlich konsequent eingehalten werden.“

Seit Monaten sorgt das Thema für vehemente Diskussionen - und auch für arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen. Erst am vorigen Dienstag beschäftigte sich der Sozialausschuss mit der Situation im Senioren Zentrum Grullbad. Auch Verdi hält die Doppelfunktion von Ulrich Lammers als Chef der „Vestischen Arbeit“ und nebenamtlicher Geschäftsführer der Seniorenzentrum Grullbad gGmbH für fragwürdig. Lammers beantrage als gGmbH-Geschäftsführer die Mittel für die 1-Euro-Jobs und bewillige sie dann als Chef der „Vestischen Arbeit“. Verdi fragt: „Ist das richtig?“

Neben Andrea Becker verwiesen am Freitag auch Verdi-Sekretär Thorsten Waschulewski und Betriebsrat Rolf Kohn vom Fachbereichsvorstand auf den massiven Stellenabbau im Senioren Zentrum. Festangestellte Kollegen seien Schritt für Schritt durch 1-Euro-Jobber ersetzt worden. Diese würden nicht nur im Küchenbereich, sondern auch für Aufgaben eingesetzt, die von Pflegekräften zu leisten seien.

Das Gesamtfazit von Verdi: Hier versuche ein kommunales Unternehmen, sich durch den Einsatz von 1-Euro-Jobs wirtschaftlich zu sanieren. Doch unter dem Strich habe volkswirtschaftlich die Allgemeinheit die Kosten dafür zu tragen, weil Menschen, die bislang ein festes Beschäftigungsverhältnis hatten, arbeitslos würden. Andrea Becker: „So geht es in Grullbad auf keinen Fall weiter.“ mb

Stadt droht Klage an

(Recklinghäuser Zeitung, 07.07.06)

Jetzt meldet sich der Bürgermeister im Streit um die Ein-Euro-Kräfte im Seniorenzentrum (SZ) Grullbad zu Wort.

Wolfgang Pantförder droht dem Betriebsrat des Seniorenheims mit einer einstweiligen Verfügung und einer Schadensersatzklage. „Wir lassen uns das nicht mehr länger gefallen“, sagt der Bürgermeister. Die Mitarbeitervertretung habe dem Heim mit ihrer Behauptung schweren Schaden zugefügt, dass reguläre Stellen durch den Einsatz der 40 Ein-Euro-Kräfte verdrängt würden. Sollte der Betriebsrat diese Anschuldigung öffentlich wiederholen, will Wolfgang Pantförder umgehend rechtliche Schritte einleiten. In Schutz nimmt der Verwaltungschef den Geschäftsführer des Seniorenzentrums, Ulrich Lammers. Er war wegen seiner zusätzlichen Funktion als Geschäftsführer der Vestischen Arbeit in die Kritik der Gewerkschaft verdi geraten. Wolfgang Pantförder vermutet eine Kampagne gegen Lammers wegen des Übergangs der Küche an die Apetito GmbH. Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel verteidigt den Einsatz der Euro-Jobber, die „ausnahmslos zusätzliche Tätigkeiten“ ausübten. Fünf Zusatzkräfte seien bereits in ein festes Verhältnis übernommen worden. asp

Helfen hilft für einen Euro

Im städtischen Seniorenzentrum Grullbad leisten Arbeitslose wertvolle Dienste. Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel beteuert: „Keine einzige Stelle ist dadurch weggefallen“

WAZ Recklinghausen 8. Juli 06

In Grullbad grollen der Betriebsrat und die Gewerkschaft Verdi. Seit Wochen üben sie - wie die WAZ berichtete - immer wieder Kritik daran, dass im städtischen Seniorenzentrum 40 Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden. Deren Tätigkeit ist in die Form eines Projektes mit dem Namen „Helfen hilft“ gegossen und läuft seit Mitte 2005 in jeweils sechs Monate dauernden Einsatzabschnitten. „Das ist für unser Haus ein wichtiges Projekt, das wir uns sehr sorgsam überlegt haben“, erläutert Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel. Es gehe einerseits darum, den Heimbewohnern zusätzliche Hilfen und Dienstleistungen anzubieten, aber auch darum, den Langzeitarbeitslosen Berufchancen zurückzugeben und ihnen zusätzliche Qualifikationen zu ermöglichen. Dafür habe man eigens etwa eine Hauswirtschaftsmeisterin eingestellt. Der in den Ein-Euro-Jobs gewünschte „Klebeeffekt“ habe bei insgesamt fünf Beschäftigten auch schon gewirkt, so Hufnagel. „Wir haben sie übernommen, um reguläre Tätigkeiten zu wahrzunehmen.“ Dies geschehe zunächst auf der Basis von geringfügigen

Beschäftigungsverhältnissen oder befristeten Verträgen, könne aber auch in Dauerstellungen münden, sobald es dazu die Möglichkeiten gebe. Andere hätten Gefallen an der Tätigkeit gefunden und planten nun sogar eine Ausbildung im Pflegebereich.

In jedem Falle sei der Einsatz ein Gewinn für die Heimbewohner und die Jobber selbst, nicht aber ein Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse. „Keine einzige Stelle ist dadurch weggefallen. Und gäbe es die Ein-Euro-Kräfte nicht, wurde auch kein Arbeitsplatz neu geschaffen, dazu hätten wir die Mittel gar nicht, Sondern es würde sich nur das Angebot des Hauses verschlechtern.“ Weil Bewohnern nicht mehr wie bisher beim Essen geholfen werden könnte, weil niemand sie mehr beim Spaziergang im Garten begleiten könnte und, und, und.

Was die Ein-Euro-Kräfte tun, sei in einer detaillierten Betriebsvereinbarung geregelt. „Und daran halten wir uns“, versichert Karl-Heinz Hufnagel. Für diesen speziellen Einsatzbereich sei eigens eine Sprechstunde eingerichtet worden, doch es habe bisher keine Schwierigkeiten oder gar Klagen gegeben. Deshalb sei die Kritik des Betriebsrates umso unverständlicher. Zunächst bis Ende 2006 ist das Projekt „Helfen hilft“ befristet. Es sei heute noch nicht absehbar, was dann folgen könne. Hufnagel trat auch der Auffassung entgegen, der Geschäftsführer des Zentrums, Ulrich Lammers, befinde sich in einem Interessenkonflikt, weil er zugleich Chef der für die Ein-Euro-Jobs zuständigen „Arge“ im Kreis Recklinghausen sei. „Herr Lammers hat mit der Umsetzung des Projektes in unserem Hause überhaupt nichts zu tun. „Wenn jemand dafür zu loben oder zu tadeln wäre, dann bin ich das“, sagte Karl-Heinz Hufnagel.

Arbeitslose brauchen solche Chancen

Die Stadt steht zu den Ein-Euro-Jobs. Bürgermeister verteidigt Arge-Chef Ulrich Lammers gegen Vorwürfe

(WAZ Recklinghausen 08.07.06)

Wolfgang Pantförder will nicht auf der Stadt sitzen lassen, dass im Seniorenzentrum Grullbad angeblich Ein-Euro-Kräfte reguläre Arbeitsplätze verdrängen; er droht jetzt sogar - wie die WAZ berichtete - mit rechtlichen Schritten. Der Bürgermeister verteidigt ausdrücklich auch Ulrich Lammers, den Chef der „Arge“ und Geschäftsführer des städtischen Seniorenheims. „Wir stehen zu Herrn Lammers und seiner Arbeit. Was die Ein-Euro-Kräfte angeht, hat seine Arge von uns den Auftrag erhalten und ausgeführt“, so Pantförder vor der Presse.

In Stadt und Region Recklinghausen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit seien Ein-Euro-Jobs ein wichtiges Instrument, um Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben: auf den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben und auf einen kleinen Zuverdienst. In Grullbad habe die Stadt als Träger mit Bedacht etwa 40 Stellen geschaffen, um dieses Ziel umzusetzen. Die Stadt hat für das Thema eine Vereinbarung mit dem Personalrat getroffen. Nach langen Diskussionen wurden darin 255 Stellen verabredet, von denen zurzeit 199 besetzt sind. „Der Landrat hat uns ausdrücklich ermuntert, diese Stellen anzubieten. Wir werden auch von Verbänden gefragt, was wir tun können, damit möglichst viele Menschen diese Gelegenheit bekommen. Auch der Rat habe entsprechend votiert.

Die Jobber selbst schätzten ihre Stellen hoch. Pantförder: „Wir haben eine ganz geringe Abbrecherquote. Und im normalen Wettbewerb um reguläre Stellen haben wir bis heute sieben ehemalige Ein-Euro-Kräfte übernommen.“ ezn

BASTA fordert Rücktritt von Lammers

(Recklinghäuser Zeitung 19.07.06)

RAT: In der Diskussion um den Wechsel des Seniorenzentrums Grullbad von der Eigenversorgung auf den Essenslieferanten Apetito und den Einsatz von Ein-Euro-Kräften läutet BASTA eine neue Runde ein. In der Ratssitzung am 4. September will das Wählerbündnis einen Antrag auf Abberufung des nebenamtlichen Geschäftsführers Ulrich Lammers stellen.

Wie berichtet, ist Lammers heftig in der Doppelfunktion als hauptamtlicher Chef der für den Einsatz von Ein-Euro-Kräften zuständigen Vestischen Arbeit und als Verwaltungschef des Seniorenzentrums Grullbad in die Kritik geraten. Bürgermeister Wolfgang Pantförder hat dem Betriebsrat des Heimes mit einer einstweiligen Verfügung und einer Schadenersatzklage wegen der Behauptung gedroht, dass reguläre Stellen durch Ein-Euro-Kräfte verdrängt würden. Andrea Becker, Chefin der Gewerkschaft ver.di, hatte im Zusammenhang mit Lammers' Doppelfunktion von einem „politischen Skandal“ gesprochen. „Es geht nicht darum, Herrn Lammers als Person anzugreifen. Wir sind aber der Ansicht, dass zwei so wichtige Aufgabenfelder nicht zugleich bedient werden können“, begründete Ratsfrau Elisabeth Maatz den BASTA-Vorstoß. Erich Burmeister, Sprecher der Linkspartei in RE: „Wir sind der Auffassung, dass ein hauptamtlicher Geschäftsführer für das Altenheim der bessere Weg wäre.“

Billig-Pflege auf dem Vormarsch

PDS fordert im Sozialausschuss den Schulterschluss für pflegebedürftige Senioren ein

WAZ Recklinghausen 12. August 06

Kreis. Wenn sich Detlev Beyer-Peters zu Wort meldet, dann wirkt er penetrant lästig. Er trifft aber auf der Bühne der Kreispolitik - unter Weglassung vieler politischer Gepflogenheiten - oft den unbequemen Kern einer Sache.

Das tat er auch am Freitag im Sozialausschuss des Kreistages. Für diese Sitzung hatte der PDS-Politiker eine Flut von Anträgen gebündelt eingereicht. Sie passierten zwar mangels Zuständigkeit und aus formalen Gründen nicht das politische Gremium. Doch nach der Debatte standen auch die anderen demokratischen Parteien auf dem Standpunkt, dass sich in den 57 Altenheimen des Kreises einiges ändern muss, sollen Senioren in Würde ihren letzten Lebensabschnitt verbringen. „Ich habe den Eindruck, es wird oft Billig-Pflege geleistet“, bilanzierte SPD-Sprecherin Brigitte Puschadel. „Und das nicht nur dort, wo private Heimbetreiber Gewinne machen wollen. Sondern auch bei Verbänden, die einen riesigen Overhead haben, der auch mitfinanziert werden muss“.

CDU-Sprecher Uwe Gorski warnte davor, dass es angesichts erkennbar steigender Pflegesätze in den Heimen in Kürze Leerstände geben werde. Ein Grund sei, dass die neuen Altenheime nicht mehr bezuschusst werden.

Detlev Beyer-Peters, selbst Altenpfleger, wies darauf hin, dass es in Altenheimen längst keine Personalreserven mehr gebe, dass viele Altenheime die vorgegebenen Standards und Richtwerte bei der Pflege nicht mehr einhalten könnten.

Karl-Heinz Rockstein von der Heimaufsicht des Kreises konnte das nur untermauern: „Ein Altenheim-Träger mit sechs Einrichtungen liegt häufig unter den Orientierungswerten. In einem Pflegeheim mit 200 Betten fehlen sechs Mitarbeiter“. Die AWO betreibt sechs Altenheime im Kreis.

Die Heimaufsicht könne aber nur reagieren, wenn sie auf dauerhafte gravierende Pflegemängel stoße. Das sei nicht der Fall, sagte Rockstein. Und teilweise zögen Angehörige ihre Beschwerden auch wieder zurück.

„Alte haben keine Lobby. Sie haben ihr Leben gelebt“, stellte Beyer-Peters lakonisch fest. Und auch die Dokumentationsvorschriften und Pflege-Gütesiegel stellte er infrage: „Die zur Qualitäts-Sicherung eingeführten Formulare führen nur dazu, dass die Pfleger beim Ausfüllen lügen und betrügen müssen“. Sie hätten in vielen Fällen gar nicht so viel Zeit zur Pflege und zur Betreuung der Bewohner, wie vom Medizinischen Dienst vorgesehen. In den meisten Altenheimen fehle durchgängig fachliches Personal, Und die stets angemeldete Heimaufsicht kontrolliere oft nur die Pflegedokumentation, kaum die Pflegeabläufe.

„Davon kann ich nicht existieren“

Küchenhilfe im Seniorenzentrum Grullbad widerspricht Betriebsübergang und ist arbeitslos

(WAZ Recklinghausen, 23.08.06)

Wenn ein wegen Wegfalls seines Arbeitsplatzes gekündigter Arbeitnehmer behauptet, sein Arbeitsplatz sei noch im Betrieb vorhanden und werde lediglich von Ein-Euro-Kräften ausgefüllt, dann muss er das vor dem Arbeitsgericht auch nachprüfbar belegen. In dieser schwierigen Prozesssituation steckten gestern Küchenhilfe Wanda E. und ihr Rechtsanwalt Riepenhoff und blieben nach Auffassung der Kammer von Richter Nierhoff diesen Nachweis schuldig. Die 52-Jährige hatte dem Betriebsübergang der Zentralküche des Seniorenzentrums Grullbad auf die Apetito GmbH (Rheine) widersprochen und danach die fristgerechte Kündigung zum 1. Juli bekommen.

Bereits Anfang Juni hatte sich das Arbeitsgericht mit der Frage beschäftigt, ob, wie von Klägerseite vermutet, Doppelgeschäftsführer Ulrich Lammers (Arge „Vestische Arbeit“ und Seniorenzentrum) dafür gesorgt habe, dass Langzeitarbeitslose als billige Arbeitskräfte in den acht Stationsküchen auf Stellen eingesetzt werden, die vorher von Voll- oder Teilzeitkräften mit Steuerkarten ausgefüllt wurden. Als Beleg hatte Anwalt Riepenhoff einen Einsatzplan mit 32 Ein-Euro-Jobbern aus dem Monat Mai überreicht. Nur eine "Anwesenheitsliste zur besseren Planbarkeit," so Betriebsleiter Hufnagel und Rechtsanwalt Joachimi gestern. Dazu der Hinweis des Gerichts, es fehle nach wie vor der konkrete Nachweis auf Klägerseite, was diese Kräfte genau machen. Die Klage wurde abgewiesen. Die Frau hatte dem Übergang widersprochen, weil sie nach einem Jahr Bestandsschutzgarantie eine Verringerung ihrer Arbeitszeit aber auch eine schlechtere Bezahlung befürchtet. „Und davon kann ich nicht existieren,“ so die Klägerin, die auch ein vom Gericht angedachtes Vergleichsmodell mit Zahlung von 9000 Euro Abfindung ablehnte. (AZ 5 Ca 1148/06) –ring

1-Euro-Jobber im Altenheim: Neues Kapitel

(WAZ Recklinghausen 06.09.06)

Arbeitsrechtliche Schritte gegen Betriebsrats-Chef Der Streit um die Beschäftigung von 1-Euro-Jobbern im Küchenbereich des städtischen Seniorenzentrums Grullbad gGmbH geht in die nächste Runde. Für den heutigen Donnerstag hat die politische Gruppierung „Basta“ zu einer Solidaritätsveranstaltung für Rolf Kohn ins Kolpinghaus eingeladen (20 Uhr).

Rolf Kohn ist der Betriebsratschef des Seniorenzentrums Grullbad, dem nun laut Basta die Kündigung droht. Gleiches gelte für ein weiteres Betriebsratsmitglied und einen Beschäftigten des Seniorenzentrums.

Immer wieder in den Mittelpunkt der Kritik rückte in der Diskussion um das Thema in jüngster Zeit Ulrich Lammers, der Chef der "Vestischen Arbeit" und nebenamtlicher Geschäftsführer der Seniorenzentrum Grullbad gGmbH ist. Der Hauptvorwurf: Lammers genehmige sich die Ein-Euro-Jobber in seiner Doppelfunktion quasi selbst und verdränge reguläre Jobs damit.

Auch Betriebsratschef Rolf Kohn trat immer wieder als scharfer Lammers-Kritiker auf. Laut Basta soll er nun per Kündigung "mundtot" gemacht werden.

Ein Vorwurf, der auf Seiten der Stadt klar zurückgewiesen wird. Allerdings seien „gravierende Vorwürfe“ laut geworden, die zu Wochenbeginn in einer Sondersitzung des Aufsichtsrates behandelt worden seien, so Dezernent und Aufsichtsratsmitglied Georg Möllers auf WAZ-Anfrage. Der Aufsichtsrat habe daraufhin die Geschäftsführung einstimmig beauftragt, arbeitsrechtliche Schritte gegen Rolf Kohn, ein weiteres Betriebsratsmitglied und einen Mitarbeiter einzuleiten.

Vielfältiger Widerstand in Recklinghausen

Im städtischen Seniorenheim ist fast jede dritte Stelle eine Ein-Euro-Kraft

(Unsere Zeit 08.09.06)

Der Einsatz von I-Euro-Kräften im städtischen Seniorenzentrum Grullbad in Recklinghausen sprengt jede vergleichbare Dimension. Während beispielsweise im AWO-Seniorenzentrum Wildermannstraße lediglich eine einzige Arbeitsgelegenheit ausgerichtet ist, sind es im Seniorenzentrum Grullbad mit dem Einsatz von ca. 40 Kräften bald ein Verhältnis von 40 Prozent zur Stammebelegschaft.

Interessanterweise ist der Geschäftsführer der Vestischen Arbeit Recklinghausen, Ulrich Lammers, gleichfalls Geschäftsführer der städtischen Seniorenzentrum Grullbad gGmbH. Diese Konstellation wird nicht nur von Verdi als fragwürdig eingeschätzt.

Stellenabbau

Wiederholt wiesen Rolf Kohn, Personalrat des Seniorenzentrums, sowie der zuständige ver.di-Sekretär Thorsten Waschulewski auf massiven Stellenabbau regulärer Arbeitsverhältnisse hin. Die Einschätzung der Gewerkschaft: „Hier versucht ein kommunales Unternehmen, sich durch den Einsatz von Ein-Euro-Jobs wirtschaftlich zu sanieren.“ Der Recklinghäuser Bürgermeister Wolfgang Pantförder gibt sich empört, jedoch nicht über die von den Gewerkschaftern gesehene rechtswidrige Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse. Für den Wiederholungsfall dieser Anschuldigung droht er mit einstweiliger Verfügung und Schadenersatzklage.

DKP übt Solidarität

In einem Solidaritätsschreiben an den Personalrat erklärte die Recklinghäuser Kreisorganisation der DKP: „Wir lehnen kategorisch die Vernichtung regulärer Arbeitsverhältnisse durch Ein-Euro-Jobs, Ausgründungen von Betriebsteilen in die Privatwirtschaft zu Lasten der Beschäftigten und die Einschüchterungsversuche des Recklinghäuser Bürgermeisters Pantförder gegen Euren Betriebsrat ab. Ihr sollt eine

Politik ausbaden, deren Ziel es ist, die Kosten für die Betreuung pflegebedürftiger Menschen in Seniorenzentren auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Politik ist menschenverachtend, weil sie Profitdenken über das Wohl der Senioren wie der Beschäftigten stellt."

Bereits im am 6. Juli hatte die DKP-Kreisorganisation Recklinghausen eine Beschwerde an die Trägerversammlung der Vestischen Arbeit gegen den Geschäftsführer der Vestischen Arbeit, Herrn Ulrich Lammers, wegen des Verdachts auf Verstoß gegen § 16 Abs. 3 Satz 2 STGB II sowie des Verdachts des Amtsmissbrauchs gerichtet. In diesem Schreiben vertritt die DKP-Kreisorganisation Recklinghausen ihre Auffassung, dass „Sie als maßgeblich Verantwortliche in der Trägerversammlung in der Pflicht stehen zu prüfen, in welchem Maße Herr Lammers in seiner Doppelfunktion als Geschäftsführer des Seniorenzentrums und der Vestischen Arbeit Rechtsbruch begangen und dadurch ggf. sich oder der Seniorenzentrum Grullbad GmbH Vorteile verschafft hat."

Initiativen in Kommunalparlamenten

Auch auf parlamentarischer Ebene entwickelt sich vielfältiger Widerstand. Für die Sitzung des Kreistags am 11. September hat die Gruppe der Offenen Liste der Linken.PDS folgenden Antrag auf die Tagesordnung gebracht:

„Der Kreistag möge beschließen: Die Vertreter des Kreistages in der Trägerversammlung der ‚Vestischen Arbeit‘ werden beauftragt, in diesem Gremium die Überprüfung des Einsatzes von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Zusatz-Jobs) in den Alten- und Pflegeheimen zu beantragen. Ziele der Überprüfung sollen sein:

1. Feststellung der Zahl der genehmigten Plätze für Zusatz-Jobs in Alten- und Pflegeheimen im Kreis Recklinghausen
2. Feststellung der von den Alten- und Pflegeheimen aufgestellte Tätigkeitsbeschreibungen für die Zusatz-Jobs
3. Überprüfung der Erfüllung der Voraussetzung der Zusätzlichkeit gemäß S16 Abs. 3 SGB II i. V. m. den Vereinbarungen bzw. Verpflichtungserklärungen der beteiligten Institutionen (siehe Anlage)
4. Beschlussempfehlungen für den Einsatz von Arbeitsgelegenheiten in den Alten- und Pflegeheimen"

Das im Rat vertretene Recklinghäuser Wahlbündnis BASTA! fordert aktuell in einem Antrag der Rat der Stadt Recklinghausen auf, die sofortige Absetzung von Herrn Ulrich Lammers als Geschäftsführer des Seniorenzentrums Grullbad und Ausschreibung der Stelle für einen geeigneten Geschäftsführer zu beschließen.

Werner Sarbok

Initiative für Rolf Kohn gegründet

Unterschriftensammlung und weitere Aktionen

(WAZ Recklinghausen 09.09.06)

Über 20 Leute kamen zur Gründungsversammlung ins Kolpinghaus - die Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ ist ins Leben gerufen. Der Zusammenschluss will sich gezielt darum bemühen, dass die eingeleitete Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden im städtischen Seniorenzentrum Grullbad zurückgenommen wird.

Detlev Beyer-Peters hatte zu dem Gründungstreffen eingeladen und ist nun Sprecher der Initiative- Beyer-Peters und die Initiative-Mitstreiter wollen in den nächsten

Wochen und Monaten mit zahlreichen Aktionen in der Öffentlichkeit präsent sein; so wird eine Internet-Seite eingerichtet, auch Unterschriften sollen gesammelt werden, um die seitens der Stadt eingeleitete Kündigung von Rolf Kohn und zweier weiterer Beschäftigter (die WAZ berichtete) rückgängig zu machen.

Der Fall spielt vor dem Hintergrund des andauernden Streits um die Beschäftigung von I-Euro-Jobbern im städtischen Seniorenzentrum Grullbad. Im Zuge dieses Streits hatte sich auch Rolf Kohn immer wieder mit Kritik zu Wort gemeldet. Die Stadt betont allerdings, dass für die eingeleiteten arbeitsrechtlichen Schritte völlig anders gelagerte „gravierende Vorwürfe“ ausschlaggebend gewesen seien.

Rolf Kohn solle keineswegs auf diesem Weg „mundtot“ gemacht werden.

Das sehen die Initiative-Mitstreiter völlig anders: Hier solle ein kritischer Betriebsrat ausgeschaltet werden, der sich engagiert um die Arbeitnehmer-Interessen im städtischen Seniorenzentrum gekümmert habe. Denn die Ein-Euro-Jobber hätten dazu geführt, dass dort reguläre Jobs in großem Stil verdrängt würden. mb

Solidarität mit bedrohtem Betriebsratsvorsitzenden

(Unsere Zeit 15.09.06)

Die Seniorenzentrum Grullbad gGmbH beabsichtigt, den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn, ein weiteres Betriebsratsmitglied und einen Beschäftigten zu kündigen. Aus diesem Anlass hat sich in Recklinghausen die Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ gegründet.

Rolf Kohn ist Vorsitzender des dortigen Betriebsrates. Aufgrund der Ausgründung des Küchenbereiches im kommunalen Seniorenzentrum Grullbad und von ver.di als rechtswidrig eingeschätzter Beschäftigung von 40 Zusatz-Beschäftigten (sog. 1-Euro-Jobs) im hauswirtschaftlichen Servicebereich waren der Betriebsrat und Rolf Kohn als dessen Vorsitzender gefordert, die Interessen der betroffenen Beschäftigten in diesem Alten- und Pflegeheim zu vertreten. (Die UZ berichtete in ihrer letzten Ausgabe).

Bürgermeister Pantförder drohte öffentlich dem Betriebsrat mit einer einstweiligen Verfügung und Schadenersatzklage. Dieses war ein deutliches Zeichen einer überzogenen und harten Linie gegen den Betriebsrat. Sollte die Stadt Recklinghausen im Bunde mit der Seniorenzentrum Grullbad gGmbH mit dieser Kündigung durchkommen, wäre dies für alle Betriebsräte insbesondere in den Alten- und Pflegeheimen ein fatales Signal. Ein Signal, dass all denen schadet, die mit Mut und Zuversicht ihren gesetzlichen Interessensvertretungsauftrag ernst nehmen. Die Initiative informiert im Internet mit der Homepage www.Recklinghausen-fuer-Rolf-Kohn.de.

Initiative im Internet präsent

(WAZ Recklinghausen 19.09.06)

Die Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ ist ab sofort auch im Internet erreichbar. Unter www.recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de gibt es aktuelle Informationen zu den Zielen und Anliegen des Zusammenschlusses. Detlev Beyer-Peters ist Sprecher der Initiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Kündigungen von Rolf Kohn (Betriebsratsvorsitzender des städtischen Seniorenzentrums Grullbad) und zweier weiterer Beschäftigter rückgängig zu machen.

Arbeitsgerichtsverfahren um SZ Grullbad

Heute erster Gütetermin um fristlose Kündigungen von Mitarbeitern im Altenheim an der Hochstraße

(Recklinghäuser Zeitung 19.09.06)

Die Kündigungen von Mitarbeitern im Seniorenzentrum Grullbad beschäftigen ab heute das Arbeitsgericht in Herne. Um 8.30 Uhr steht ein Gütetermin in der Kündigungsschutzklage eines fristlos entlassenen Kochs an.

Ein weiterer Koch hatte ebenso wie der Verwaltungsangestellte und Betriebsratsvorsitzende Rolf Kohn die Kündigung erhalten. Auf Initiative von Detlef Beyer-Peters, Kreistagsabgeordneter von Die Linke.PDS und DKP-Aktivist, hatte sich Anfang September eine Unterstützer-Initiative für Kohn gegründet. Nach RZ-Informationen sollen die Kündigungen unter dem Vorwurf der Vorteilsnahme erfolgt sein, ihnen liegt ein einstimmiger Beschluss des Aufsichtsrates der gemeinnützigen GmbH Seniorenzentrum Grullbad zugrunde.

Die Unterstützer von Kohn führen an, dass durch die Kündigungen die Diskussion um den Einsatz von I -Euro-Jobbern im Seniorenzentrum beendet werden soll. Seit Monaten steht das Seniorenzentrum im Mittelpunkt einer Debatte um die Verdrängung regulärer Jobs durch 1-Euro-Kräfte.

Arbeitsgericht „fahndet“ nach „kochendem Geist“

GRULLBAD: Erkrankter Vize-Küchenchef des Altenheims soll Brötchen kostenlos an seine Betriebsräte weiter gegeben haben

(Recklinghäuser Zeitung 20.09.06)

Kann ein erkrankter und deshalb nicht anwesender Koch quasi als „Geist“ Betriebsräten ein kostenloses Frühstück servieren und den Belegschaftsvertretern so einen ihnen nicht zustehenden Vorteil gewähren?

Er kann. Glauben zumindest die Vertreter der Firma „Appetito GmbH“ aus Rheine, die seit dem 1. Juli die Verpflegung der Senioren im Altenzentrum Grullbad verantwortet. Denn genau auf diesen Vorwurf stützt der Rechtsvertreter des Caterers vor dem Arbeitsgericht in Herne eine fristlose Kündigung, die gegen den stellvertretenden Küchenchef des Seniorenzentrums ausgesprochen wurde. Das Problem: Matthias B. ist seit langen Wochen erkrankt, befindet sich derzeit in Kur und hat nach dem Übergang der Küchen-Verantwortlichkeit auf den Caterer aus Rheine noch nicht einen Tag für die „Appetito GmbH“ gearbeitet.

Dennoch sprach das Unternehmen jetzt eine fristlose Kündigung im nahezu gleichen Wortlaut aus, wie vor einigen Wochen die Geschäftsleitung des Seniorenzentrums, die ihm „Vorteilsgewährung“ durch die kostenlose Beköstigung des Betriebsrates vorwirft. Am Arbeitsgericht Herne versuchte deshalb gestern die dritte Kammer bei einem Güte-Termin zunächst einmal heraus zu finden, wer denn nun Arbeitgeber des Kochs ist und welche Kündigungen überhaupt noch im Raum stehen.

„Alle“ so die knappe Auskunft des Anwalts des Seniorenzentrums, das augenscheinlich großen Wert darauf legt, den Arbeitsvertrag von Matthias B. schnellstmöglich zu beenden. Doch nicht nur dieses Problem wird das Gericht beim Kammertermin Ende November noch einmal umfassend beschäftigen. Eine ganze Reihe weiterer arbeitsrechtlicher Fragen könnten dafür sorgen, dass die Verfahren um die Küche des Seniorenzentrums Grullbad einen Weg in die einschlägige Fach-Literatur finden wird. Denn neben dem stellvertretenden Küchenleiter Matthias B. wurde auch seinem Chef gekündigt, und auch der Betriebsratsvorsitzende Rolf Kohn, der die Brötchen letztendlich gegessen hat, soll nach dem Willen der

Verantwortlichen seinen Arbeitsplatz räumen. Licht in die Gemengelage soll am 30. November um 11.15 Uhr bei einem Kammer-Termin kommen. Dann ist das persönliche Erscheinen von Altenheim-Geschäftsführer Ulrich Lammers angeordnet.
—sek

„Allein in der Stationsküche“

SZ GRULLBAD: Ehemalige Euro-Kraft klagt über ihren Dienst an der Hochstraße

(Recklinghäuser Zeitung 21.09.06)

An ihren Kurzeinsatz als Ein-Euro-Kraft im Seniorenzentrum Grullbad hat Bärbel Groß (Name geändert) keine guten Erinnerungen. Ihre Kritik an der Heimleitung ist massiv - und angesichts der Diskussion um den Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Altenheim an der Hochstraße auch explosiv.
von Alexander Spiess

Da sie Nachteile für ihre künftige Arbeitssuche befürchtet, möchte Bärbel Groß unerkannt bleiben. Im Juli war die dreifache Mutter für den Dienst in einer Stationsküche eingeteilt. „Wir mussten Brote schmieren und Tablett für die Bewohner in unserem Bereich zusammenstellen. Das war richtige Akkord-Arbeit“, sagt Bärbel Groß im Gespräch mit der RZ. „Zwischendurch mussten wir die Spülmaschine ein- und ausräumen und manche Bewohner füttern. Ich konnte mir am Anfang gar nicht vorstellen, wie man das alles schaffen soll.“ Ihre einzige Kollegin in der Stationsküche, beteuert Bärbel Groß, sei eine weitere Ein-Euro-Kraft gewesen. Diese sollte sie anlernen. In der folgenden Woche hätte der Dienstplan sie allein in der Stationsküche vorgesehen.

Wenn Bärbel Groß' Aussagen wahr sind, verstieß die Heimleitung in diesem Fall gegen die Auflagen für den Einsatz von Ein-Euro-Kräften. Diese dürfen nur „zusätzliche Arbeiten“ verrichten. Also solche, die über die Kernleistungen hinausgehen. Die Arbeit in einer Stationsküche fällt nicht in diesen zusätzlichen Bereich, besonders dann nicht, falls dort tatsächlich ausschließlich Ein-Euro-Jobber arbeiteten.

Nach wenigen Tagen meldete sich Bärbel Groß krank. „Wegen eines Bandscheibenvorfalles war ich den körperlichen Anstrengungen einfach nicht gewachsen“, sagt sie.

Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel wollte dies gestern nicht kommentieren: „Zu anonymen Vorwürfen beziehe ich keine Stellung.“ Er verweist auf frühere Reaktionen nach vergleichbarer Kritik von Gewerkschaftsseite. „Die Ein-Euro-Kräfte verrichten ausschließlich zusätzliche Tätigkeiten“, hatte Hufnagel Anfang Juli auf einer Pressekonferenz mit Bürgermeister Wolfgang Pantförder erklärt. Die Gewerkschaft ver.di hatte zuvor kritisiert, die Ein-Euro-Kräfte in der Einrichtung würden reguläre Stellen verdrängen.

Das Seniorenzentrum Grullbad gGmbH, eine 100-prozentige Tochter der Stadt, beschäftigt etwa 40 Euro-Jobber.

Bärbel Groß fühlte sich während ihres Gastspiels ausgebeutet: „Ich wundere mich, dass sich sonst keiner wehrt.“

„Die vielen 1-Euro-Jobs müssen weg“

(Recklinghäuser Zeitung 22.09.06)

Die Diskussion um den Einsatz von 1-Euro-Kräften im Seniorenzentrum (SZ) Grullbad und die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn sorgt für scharfe Reaktionen bei SPD und Gewerkschaftern.

Wie die RZ - berichtete, wurde Mitarbeitern und dem Betriebsratschef Rolf Kohn unter dem Vorwurf der Vorteilsnahme gekündigt. Eine von PDS-Kreistagsmitglied Detlef Beyer-Peters gestartete Initiative sieht indes in der Kündigung von Kohn den Versuch, sich eines Kritikers zu entledigen.

SPD-Fraktionsvize Frank Cerny forderte gestern eine Neufassung der Betriebsvereinbarung für 1-Euro-Kräfte im Seniorenzentrum. Problematisch sei aus Sicht der SPD, dass in der bisherigen Vereinbarung keine konkreten Tätigkeiten definiert worden seien, die von den 1-Euro-Kräften ausgeübt werden. "Andere Heimträger haben Vereinbarungen wesentlich ausführlicher gestaltet", muss für Cerny eine schärfere Abgrenzung zu sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten sichergestellt werden. Die SPD will dem Aufsichtsrat einen Änderungsvorschlag unterbreiten.

Für den ver.di-Bezirksvorstand steht die Kündigung von Kohn "eindeutig im Zusammenhang mit kritischen Äußerungen". Die Beschäftigung der 1-Euro-Jobber verstoße nachweislich gegen Gesetze, so ver.di-Geschäftsführerin Andrea Becker. Josef Hülsdünker, DGB-Regionsvorsitzender: "Nicht der Betriebsratsvorsitzende muss weg, sondern die vielen 1-Euro-Jobs". Der ver.di-Bezirksvorstand unterstützt die Initiative für den Betriebsratschef und startet nächste Woche eine Solidaritätsaktion: "Wir erwarten eine breite Unterstützung unserer ver.di- Betriebs- und -Personalräte. Wer einen Betriebsrat kündigt, weil dieser seinen Job macht, der hat nicht nur Rolf Kohn sondern den ganzen DGB gegen sich." tf

Grullbad: Widerstand gegen die Ein-Euro-Jobs

Verdi plant Aktion gegen Kohn-Kündigung

(WAZ Recklinghausen 22.09.06)

Die Diskussion um den Einsatz von Ein-Euro-Kräften im städtischen Seniorenzentrum Grullbad kommt nicht zur Ruhe. Die SPD-Ratsfraktion hat in einer Erklärung gefordert, dass die Jobber nur Tätigkeiten wahrnehmen dürfen, die nicht über den Pflegesatz finanziert werden und dem Prinzip der Zusätzlichkeit entsprechen, so erläuterte Fraktionsvize Frank Cerny.

Es sei problematisch, dass in der zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat abgeschlossenen Betriebsvereinbarung keine konkreten Tätigkeiten definiert wurden, die von den Ein-Euro-Kräften ausgeübt werden. Die SPD fordere deshalb die Nachbesserung der getroffenen Regelung.

Der Bezirksvorstand der Gewerkschaft Verdi sieht einen eindeutigen Zusammenhang zwischen kritischen Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden im Seniorenzentrum, Rolf Kohn, zum Einsatz der Ein-Euro-Kräfte und der gegen ihn ausgesprochenen Kündigung. In der kommenden Woche soll in Betrieben eine Solidaritätsaktion für Kohn gestartet werden. DGB-Chef Josef Hülsdünker: "Nicht der Betriebsratsvorsitzende muss weg, sondern die vielen Ein-Euro-Jobs."

Nicht nur der Name ist Phantasie

(Recklinghäuser Zeitung 26.09.06)

Fünf Tage nach den anonymen Anschuldigungen einer ehemaligen Ein-Euro-Kraft des Seniorenzentrums Grullbad (siehe RZ vom 21. September) nimmt Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel persönlich zu den Vorwürfen Stellung. -

"Zu anonymen Vorwürfen Stellung nehmen zu müssen, ist ungewöhnlich und schwierig. Im Falle der so genannten Frau Groß entspricht nämlich nicht nur der Name der Phantasie", erklärt Hufnagel. Im Juli habe es nur eine Ein-Euro-Kraft gegeben, die für wenige Tage in der Stationsküche gearbeitet hat. Demnach habe Frau G. bei der Arbeitsaufnahme erklärt, dass dies nur ein Versuch sei und sie bei zu starker gesundheitlicher Belastung wieder aussteigen werde. Der Wohnbereich, in dem sie eingesetzt wurde, sei informiert gewesen, sie nicht zu stark zu belasten. Der Einsatz in der Stationsküche, beharrt Hufnagel, sei additiv und erfolge nicht auf unbesetzte Stellen. Und weiter: "Frau G. war weder allein im Haus, noch allein in der Küche. Dies wäre auch in den nächsten Tagen so gewesen, in denen sie nicht mehr kam."

Brote würden nur vormittags geschmiert und dies für sieben Senioren. "Dies als ?Akkordarbeit darzustellen, ist eine sehr eigenwillige Einschätzung der Arbeit", urteilt der Heimleiter. Der Entschluss, sich zwei Monate nach dem Dienst "ganz spontan" öffentlich zu beschweren sei "sehr interessant" - wie auch die "Forderungen anderer bereits am Tag darauf". "Wir bedauern, zu einer solchen Stellungnahme gezwungen zu sein", schließt Hufnagel. "Die Erfahrungen mit vielen zuverlässigen und motivierten Ein-Euro-Kräften in unserem Hause sind ganz anders."

Gewerkschaft lässt sich vor den Karren spannen

(Recklinghäuser Zeitung 26.09.06)

"Ich bin schon erstaunt, vor welchen Karren sich sich hier die Gewerkschaft spannen lässt", reagiert Johann Beckmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Seniorenzentrums (SZ) Grullbad, auf die Kritik von ver.di und DGB an der Kündigung von Betriebsratschef Rolf Kohn und am Einsatz von 1-Euro-Kräften an der Hochstraße.

Für die Gewerkschaften steht die Kündigung von Kohn unter dem Vorwurf der Vorteilsnahme im Zusammenhang mit kritischen Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden (RZ - berichtete). CDU-Ratsherr Beckmann hält dagegen, dass der Konflikt mit Kohn ausschließlich betriebsinterne Gründe habe, zu denen er im laufenden Verfahren keine Stellung beziehen könne. "Ich bin selbst alter Gewerkschafter und habe ein eigenes Gespür dafür, was man machen darf und was nicht. Und ich bin enttäuscht, dass ver.di hier auf die Masche abfährt, es ginge um gewerkschaftliche Grundsatzfragen", so Beckmann. Mit den Gewerkschaften hatte auch SPD-Fraktionsvize Frank Cerny Kritik am Einsatz von 1-Euro-Jobbern geübt und eine neue Betriebsvereinbarung gefordert. Die SPD ist mit zwei Mitgliedern im Aufsichtsrat vertreten.

Laut Beckmann habe es in der Frage der 1-Euro-Jobs im SZ Grullbad nie einen Konflikt gegeben: "Die Betriebsvereinbarung ist einvernehmlich ausgehandelt worden." Zu den "wilden Vorwürfen" sei es erst in letzter Zeit gekommen, um vom eigentlichen Konflikt abzulenken. "Die diffamierende Behauptung, durch 1-Euro-

Jobber würden in Grullbad Arbeitsplätze beseitigt, ist bereits in einem Arbeitsgerichtsverfahren gescheitert. Lügen werden auch durch Wiederholung nicht zur Wahrheit." Beckmann fordert ver.di zur Sachlichkeit auf: "Ich erwarte auch, dass eine Gewerkschaft ihre Betriebsräte nicht auf der Basis von Verdächtigungen und Lügen zu einer Kampagne auffordert." ff

Ein-Euro-Kräfte arbeiten gerne im SZ Grullbad

(Recklinghäuser Zeitung 27.09.06)

Im Streit um den Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Seniorenzentrum (SZ) Grullbad melden sich jetzt auch die aktuellen Zuverdiener der Einrichtung zu Wort. Der RZ liegt eine Erklärung vor, die 23 Ein-Euro-Kräfte des Hauses unterschrieben haben. -

Konkret nehmen sie Stellung zu den Vorwürfen, die eine ehemalige Ein-Euro-Kraft anonym geäußert hat (siehe RZ - vom 21. September): "Wir, die zurzeit im Seniorenzentrum Grullbad eingesetzten so genannten Ein-Euro-Kräfte, distanzieren uns von den im Artikel genannten Behauptungen", heißt es in dem Schreiben.

Die von der Beschwerdeführerin genannte Akkordarbeit müssen die Euro-Kräfte an der Hochstraße nach eigenem Bekunden nicht verrichten. Sie kontern: "Wir sind im Seniorenzentrum gut aufgenommen und werden durch Fachkräfte betreut sowie geschult. Wir sind hier gerne tätig und fühlen uns in den Teams integriert." Darüber hinaus haben sich "durch die im Hause durchgeführten Maßnahmen (...) unsere persönlichen und beruflichen Zukunftsperspektiven positiv entwickelt." Einigen Kollegen sei der Sprung in ein reguläres Arbeitsverhältnis gelungen.

Insgesamt beschäftigt das Seniorenzentrum Grullbad nach eigenen Angaben zur Zeit 36 Ein-Euro-Kräfte. Denen stehen, ebenfalls nach eigenen Angaben, 105 reguläre Mitarbeiter gegenüber. Wie in anderen vergleichbaren Einrichtungen auch, betont die Leitung des Seniorenzentrums Grullbad, dass die eingesetzten Ein-Euro-Kräfte ausschließlich zusätzliche Tätigkeiten verrichten und keine regulären Stellen ersetzen oder verdrängen.

Das gilt auch für die Seniorenheime "Haus Simeon" und "Haus Abendsonne". Diese befinden sich, anders als das von einer 100-prozentigen Stadttochter getragene Seniorenzentrum Grullbad, in Trägerschaft der Diakonie. 90 reguläre Mitarbeiter und acht Ein-Euro-Kräfte beschäftigt das Diakonische Werk nach eigenen Angaben insgesamt in beiden Häusern am Elper Weg und Auf dem Graben. asp

Die Kritik an 1-Euro-Jobs ebbt nicht ab

Bürgerfraktion zieht gegen den Einsatz bei den städtischen Entsorgern zu Felde

(Recklinghäuser Zeitung 02.10.06)

Die Bürgerfraktion im Rat der Stadt lässt in Sachen „Ein-Euro-Jobs“ nicht locker. Seit einem Jahr überzieht sie die Verwaltung und den Rat mit Anträgen und Anfragen, um das Thema genauer zu beleuchten. Alarmiert durch die Diskussionen um das Seniorenzentrum Grullbad nimmt die Bürgerfraktion jetzt per Ratsantrag einen erneuten Anlauf. Im Fokus: Der städtische Entsorgungsbetrieb ESR.

70 der derzeit 205 Ein-Euro-Jobber in Diensten der Stadt arbeiten in diesem Bereich. Reinhard Jankowiak (GfB): „Wir sind sicher, dass hier Missbrauch mit I -Euro-Jobs getrieben wird. Ich selbst habe mit vier Ein-Euro-Kräften gesprochen, die mir versichert haben, dass sie mit Dienstfahrzeugen Sperrmüll abholen und Platzwart-Dienste erledigen, und unter anderem eine Müllpresse bedienen. Ein-Euro-Jobber dürfen aber keine Fahrzeuge und Maschinen bedienen. Das ist unzulässig. Für mich werden hier ganz klar reguläre Arbeitsplätze vernichtet.“ Er habe sich vor 14 Tagen auch an den Personalrat der Stadt gewandt, geschehen sei seither aber nichts. Was mit Ein-Euro-Jobs passiere, so Jankowiak weiter, sei - auch mit Blick auf das Seniorenzentrum - „moderner Menschenhandel“.

Und Fraktionskollegin Betta Maatz (BASTA) ergänzt: „Gerade wurde stolz das positive Betriebsergebnis der ESR vorgestellt. Etwa die Hälfte des erwirtschafteten Plus dürfte aus Zuschüssen von der ARGE bestehen. Der Gewinn wurde also auf dem Rücken der Hartz-IV-Empfänger erwirtschaftet.“

In seiner Ratsanfrage verlangt Reinhard Jankowiak deshalb Auskunft darüber, ob die ESR Zuschüsse von der Vestischen Arbeit erhält und Aufklärung über die genauen Tätigkeiten der Ein-Euro-Jobber.

Ein weiterer Ratsantrag der Bürgerfraktion bezieht sich auf die Vorgänge im Seniorenzentrum Grullbad. In dem Antrag heißt es, der Rat möge beschließen, den (politisch besetzten) Aufsichtsrat aufzufordern, die Gründe für die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn, des Betriebsratsmitgliedes Frank Kruczynski und des Kochs Mathias B. zu überprüfen und zu überdenken.

Ruhe ist nicht gefragt

In Recklinghausen beschäftigen sich viele Menschen mit dem Seniorenzentrum Grullbad. Mittlerweile wollen auch die Grünen im Kreistag das Thema im Sozialausschuss behandeln

(WAZ Recklinghausen 5.10.06)

Von Friedhelm Pothoff

Das Senioren Zentrum Grullbad, das sich in städtischer Trägerschaft befindet, erfährt in diesen Tagen eine hohe Aufmerksamkeit. Die Gründe sind vielschichtig, laufen aber auf den gleichen Kern zurück: den angeblich nicht korrekten Einsatz von Ein-Euro-Jobbern, die Kritik des Betriebsrates daran sowie die anschließend ausgesprochenen Kündigungen gegen drei Mitarbeiter des Hauses, von denen zwei dem Betriebsrat angehören (die WAZ berichtete).

Nun ist diese Zeitung nicht der Ort, an dem die Rechtmäßigkeit der Kündigungen und die Qualität der Begründungen bewertet werden kann; das wird das Arbeitsgericht Herne am 13. Oktober in einem ersten Gütetermin für einen der Gekündigten tun - die beiden anderen werden am 9. November in einem ersten Kammertermin verhandelt. Allerdings ist es erstaunlich, welche Welle sich in Recklinghausen in Bewegung gesetzt hat, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit verschiedenen Aspekten der Vorgänge beschäftigt.

Die Bürgerfraktion (Basta, NRW und GfB) hat das Thema zum politischen Steckenpferd erhoben und versucht die Umstände zu recherchieren und zu benutzen. Dazu gehört dieser Antrag für die nächste Ratssitzung: „Der Aufsichtsrat des

Seniorenzentrums Grullbad gGmbH wird aufgefordert, die Wirksamkeit der Gründe für die Kündigungen gegen ... zu überprüfen und zu überdenken," Konkret aufgehängt werden viele Aktionen überdies an der Person des Betriebsratsvorsitzenden des Seniorenzentrums Grullbad, Rolf Kohn. Mittlerweile gibt es eine Solidaritätsinitiative, die sich im Internet auf einer eigens eingerichteten Homepage (www.recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de) präsentiert. Für den 26. Oktober (19.30 Uhr) hat sich der Autor Markus Breitscheidel angesagt und will kostenlos eine Lesung im großen Sitzungssaal des Rathauses durchführen. In seinem Buch schildert er seine Undercover-Tätigkeiten in fünf Altenheimen und seine Vorstellungen über „Wege zur würdigen Altenbetreuung“.

Auch die letzte Montagsdemo stand unter dem Motto „Weg mit I €-Jobs - reguläre Arbeitsplätze müssen her“ und richtete sich ausdrücklich gegen das Seniorenzentrum, wo laut Meinung der Demo-Koordinierungsgruppe nachweisbar reguläre Arbeitsplätze durch I €-Jobs ersetzt worden sein sollen. Dass mit Ulrich Lammers der Geschäftsführer der Vestischen Arbeit gleichzeitig auch der nebenamtliche Geschäftsführer des Seniorenzentrums ist, stößt mittlerweile den Grünen im Kreistag sauer auf, die das Thema im nächsten Sozialausschuss behandelt, sehen wollen und sich für eine klare Trennung der Aufgaben aussprechen: „Wenn eine Person einerseits Ein-Euro-Jobber beantragt und gleichzeitig letztlich deren Genehmigung verantwortet, liegt offensichtlich eine Interessenkollision vor.“

Nicht korrekt eingesetzt

Bürgerfraktion stellte eigene Recherchen beim Entsorgungsbetrieb an

Der kritische Ansatz der Bürgerfraktion mit Blick auf Ein-Euro-Jobs geht über das Seniorenzentrum Grullbad hinaus. Ratsherr Reinhard Jankowiak hat demnach selbst ermittelt, dass auch bei den Entsorgungsbetrieben Stadt Recklinghausen (ESR) Ein-Euro-Jobber nicht korrekt eingesetzt worden sein sollen. „Die waren widerrechtlich mit Dienstfahrzeugen unterwegs um Sperrmüll einzusammeln oder Material zu beschaffen. An anderer Stelle haben sie Maschinen bedient, was ebenfalls nicht erlaubt ist. Den Personalrat der Stadt haben wir darüber informiert, geschehen ist nichts. Die Leute sind immer noch unterwegs, das haben wir verfolgt.“

Als bedenklich sieht die Bürgerfraktion zudem an, dass die Entsorgungsbetriebe einen an und für sich erfreulichen Gewinn in Höhe von 325 000 Euro im Werksausschuss ausgewiesen hätten. Nach Erkenntnis der Politiker aber seien davon allein rund 165000 Euro Zuschüsse für den Einsatz von Ein-Euro-Jobber gewesen.

Um mehr Informationen zu erhalten, hat die Bürgerfraktion einen Antrag für die nächste Ratssitzung gestellt.

Gütetermin nach fristloser Kündigung

(Recklinghäuser Zeitung, 13.10.06)

SZ GRULLBAD: Vor dem Arbeitsgericht in Herne findet nach der fristlosen Kündigung von Rolf Kohn, Betriebsratschef des Senioren-Zentrums Grullbad, heute ein Gütetermin statt.

Die Kündigung gegen Kohn und weiterer Heim-Mitarbeiter (RZ berichtete) erfolgten wegen des Vorwurfs der Vorteilsnahme. Detlev Beyer-Peters, Kreistagsmitglied von Die Linke.PDS und Initiator einer Solidaritätskampagne für Kohn, dagegen sieht die Kündigungen im Kontext der Diskussion um die Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern im Altenheim.

Unterdessen fordert Thorsten Waschulewski (ver.di) Aufklärung; „Wir sind sofort ruhig, wenn der Heimleiter sagt, bei welchen Zusatz Tätigkeiten Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden. Bisher hat er nur gesagt, dass sie auch mal Brote schmieren - aber was machen sie noch?“ Er erneuerte die Kritik an Ulrich Lammers:

„Wer gleichzeitig Geschäftsführer der ARGE und des Seniorenzentrums ist, muss in einem Interessenskonflikt sein.“ Daniel Kreuz vom Landespflegeausschuss (Kooperationsgremium aus Heim-, Kostenträgern und Interessensverbänden) hält es generell für rechtswidrig, Ein-Euro-Jobber in Heimen in der Essensversorgung einzusetzen.

„Zusätzliche Tätigkeit kann nicht etwas sein, was nach geltendem Sozialrecht refinanzierbar ist. Hier liegt massives Managementversagen bei Verhandlungen mit den Kostenträgern vor.“ kg

Gericht urteilt über Frühstück

(Recklinghäuser Zeitung, 14.10.06)

Auch wenn die rechtliche Gemengelage um die geplante Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden des Altenheims Grullbad, Rolf Kohn, ausgesprochen kompliziert ist (RZ berichtete mehrfach), versucht die zuständige Kammer des Arbeitsgerichts Herne derzeit Fragen zu formulieren, die entscheidend für eine Beurteilung des Falls werden können.

Bekanntlich wirft die Geschäftsleitung dem Betriebsratsvorsitzenden vor, während der Gremiums-Sitzungen gefrühstückt zu haben, ohne die gegessenen Brötchen anschließend ordnungsgemäß bezahlt zu haben. Immer mehr tritt dabei die Frage in den Mittelpunkt, wie dieser Geld-Transfer hätte aussehen müssen.

Während die Geschäftsführung vorträgt, dass dafür Marken zu kaufen waren, die anschließend in der Küche hätten abgegeben werden müssen, um dort vernichtet zu werden, schildert der Betriebsratsvorsitzende die Praxis anders. Demnach stand bei den Sitzungen ein Glas auf dem Tisch, in das jeder, der sich bei den Brötchen bediente, 1,50 Euro warf. Dabei soll es laut Betriebsrat im Vorfeld der Sitzungen ein Gespräch mit Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel gegeben haben, in dem das wesentlich einfachere Bezahl-Verfahren erörtert und auch so abgestimmt wurde. Doch jetzt kommt der Knackpunkt. Nach Aussage von Altenheim-Geschäftsführer Ulrich Lammers kann sich Hufnagel noch nicht einmal daran erinnern, dass es ein solches Gespräch gegeben hat.

Zentrale Aufgabe beim Kammertermin, der für den 29. November um 13.15 Uhr angesetzt wurde, wird es nun sein, heraus zu finden, ob das Gespräch stattgefunden hat und wer daran teilgenommen hat. Denn hat es eine Absprache hinsichtlich der Frühstücks-Finanzierung gegeben, wird die Kammer wohl die vom Arbeitgeber beantragte "Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung", so der Fachterminus, verweigern. Hat es sie nicht gegeben, spricht einiges dafür, dass die

Zustimmung ersetzt wird. Und nur in diesem Fall kann der Arbeitgeber dem Betriebsratschef kündigen, wogegen dieser wiederum Klage erheben kann...sek

Rolf Kohn sofort wieder einstellen

LESERBRIEF

(WAZ Recklinghausen, 14.10.06)

Mit großer Bestürzung haben wir, die ver.di-Vertrauensleute bei der Kreisverwaltung Recklinghausen, von der fristlosen Kündigung des Kollegen Rolf Kohn durch den Geschäftsführer der ARGE, Herrn Ulrich Lammers, erfahren.

Der Betriebsratsvorsitzende des Seniorenzentrums Grullbad hatte sich kritisch geäußert zu der möglichen Einstellung von Ein-Euro-Kräften. Weil diese Äußerungen aber eine fristlose Kündigung nicht hätten rechtfertigen können, musste etwas gefunden werden, was juristischer Überprüfung standhalten würde.

So wurde konstruiert, Rolf Kohn hätte sich beim Küchenchef die Brötchen ohne zu bezahlen geholt. Jetzt hat aber Lammers ein Riesenproblem, Konnte doch der Küchenchef nachweisen, dass er in der fraglichen Zeit gar nicht am Arbeitsplatz gewesen ist und deshalb die Brötchen nicht kostenfrei an Kohn hätte verschenken können.

Sollte das zutreffen, hätte der Geschäftsführer der ARGE und des Seniorenzentrums (was alleine für Unverständnis sorgt) schlechte Karten vor dem Arbeitsgericht. Wenn derlei Praktiken gegen unerwünschte Betriebsräte, die nur deshalb, weil sie Kritik üben, gefeuert werden sollen, Schule machen sollten, dann stimmt etwas mit unserer viel gelobten Demokratie nicht mehr.

Deshalb fordern die Vertrauensleute von ver.di die sofortige Wiedereinstellung von Rolf Kohn und ein anschließendes juristisches Nachspiel gegen Lammers, der weder Geschäftsführer der ARGE noch des Seniorenzentrums bleiben darf.

Siegfried Born

Sprecher ver.di-Vertrauensleute bei der Kreisverwaltung RE

Brötchen sind doch nur Brötchen

(WAZ Recklinghausen, 15.10.06)

LESERBRIEF SZ Grullbad

Aus dem Leserbrief des Personalrates des Kreises:

„Der Betriebsratsvorsitzende des Seniorenzentrums Grullbad hatte sich kritisch geäußert zu der möglichen Einstellung von Ein-Euro-Kräften. Weil diese Äußerungen aber eine fristlose Kündigung nicht hätten rechtfertigen können, musste etwas gefunden werden, was juristischer Überprüfung standhalten würde.

So wurde konstruiert, Rolf Kohn hätte sich beim Küchenchef die Brötchen ohne zu bezahlen geholt.“ Der Güetermin am Freitag ist ohne Lösung zu Ende gegangen. Es ist schon eine unnötige Geldverschwendung, die unsere Stadtverwaltung in diesem Zusammenhang zu verantworten hat. Zwei Anwälte müssen bemüht und bezahlt werden, vermutlich und hoffentlich wird der Prozess zugunsten des Betriebsrates ausgehen, somit fallen eventuell noch Gelder an, um den von der Verwaltung verursachten Schaden auszugleichen. Meines Erachtens hätte der Güetermin doch spätestens die Einsicht bei Herrn Lammers bringen müssen, dass es sich bei diesen

Brötchen um Brötchen handelt, und dass der Prozess deutlich teurer ist, als die Schadenssumme. Wieso hat er heute nicht eingelenkt? Ich schlage vor, dass ihm alle weiteren Prozesskosten persönlich aufgegeben werden.

Elisabeth Maatz Mindener Weg 12

Euro-Kräfte arbeiten rechtswidrig

(Recklinghäuser Zeitung, 20.10.06)

- Von: Detlev Beyer-Peters, Kreistagsmitglied Die Linke.PDS
- Betr: Ein-Euro-Jobs im SZ Grullbad
- RZ berichtete mehrfach

Schon seit 1985 bestand für die Kommunen die Möglichkeit, Sozialhilfeempfänger gegen eine Mehraufwandsentschädigung zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit zu zwingen. Erst mit der Bestellung von Ulrich Lammers als nebenamtlichem Geschäftsführer am 1. Juli 2000 wurde im Seniorenzentrum Grullbad von diesem Instrumentarium in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Schon in dieser Zeit wurden Beschäftigte mit unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen in einem Umfang von ca. sechs Stellen ersetzt. Um eine nahtlose Fortsetzung unter Bedingungen des SGBII (Sozialgesetzbuch) sicher zu stellen, wurde zum 1. Juli 2005 das Projekt des Seniorenzentrums Grullbad und der ARGE Recklinghausen „Helfen hilft - Einsatz fürs Gemeinwohl“ ins Leben gerufen.

Im Gegensatz zu den Arbeitsgelegenheiten nach BSHG darf bei Arbeitsgelegenheit nach SGB II nicht vom Erfordernis der Zusätzlichkeit abgerückt werden. Während die Ein-Euro-Kräfte nach BSHG nur 20 Stunden pro Woche und in einer normalen Fünf-Tage-Woche gearbeitet haben, sind die Euro-Kräfte nach SGBII 30 Stunden pro Woche im Schichtdienst auch an Wochenenden und Feiertagen tätig. Die Antwort, welche Tätigkeiten von den Euro-Kräften konkret erledigt werden, kam bisher nur aus anonymen Quellen: Frühstück, Mittag, Kaffee und Abendzubereiten, austeilen und evtl. an reichen, Spülmaschine ein- und ausräumen, Anlernen weiterer Euro-Kräfte, Betten richten und beziehen, Wohnumfeld putzen, aufräumen, dekorieren, Gartenpflege.

Solche Tätigkeiten sind jedoch rechtswidrig. Daher haben die Ein-Euro-Jobber beste Chancen, beim Arbeitsgericht eine feste Stelle einzuklagen. Im Übrigen erhält das Seniorenzentrum Grullbad aufgrund eines 50-prozentigen Qualifizierungsanteils pro Teilnehmer(in) die volle monatliche Trägerpauschale in Höhe von bis zu 500 Euro. Abzüglich der Mehraufwandsentschädigung bleibt eine jährliche Einnahme in Höhe von ca. 165 000 Euro. Davon wird für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen eine Hauswirtschafterin (!) und für den Verwaltungsaufwand eine Vollzeitbeschäftigte finanziert. Außerdem werden alle sechs Monate jeweils fünf Euro-Jobber eingestellt - aber immer nur befristet auf ein halbes Jahr und nur als geringfügig Beschäftigte. Es müssten dann noch ca. 80 000 Euro im Jahr übrig bleiben. Soviel Geld dürften die wenigen Qualifizierungsmaßnahmen für die Langzeitarbeitslosen nicht kosten, denn die hauptsächliche „Qualifizierung“ besteht aus „Learning by doing“, was soviel wie „Weiterarbeiten und dazulernen“ bedeutet.

Die Vestische Arbeit muss nun dafür Sorge tragen, dass der Einsatz der Zusatz-Beschäftigten im Seniorenzentrum Grullbad auf das gesetzliche Maß reduziert wird. Dies hätte aber zur Folge, dass das ohnehin schon überlastete Pflegepersonal diese Arbeiten übernehmen müsste. Hierbei soll es sich hochgerechnet pro Schicht und Pflegekraft um ca. zwei Stunden handeln. Daher müssten kurzfristig Zusatz-

Beschäftigte in feste Arbeitsverhältnisse übernommen werden.

Heimaufsicht und Revision ermitteln

(WAZ Recklinghausen, 23.10.06)

Die Heimaufsicht des Kreises und die Innenrevision der Agentur für Arbeit verschaffen sich derzeit eine Übersicht über die Vorgänge rund um das Städtische Altenheim in Grullbad (die WAZ berichtete). Das sagte Kreis-Sozialdezernent Dr. Bernhard Haardt am Montag in der Kreistagssitzung. Zuvor hatte ein Antrag der PDS-Gruppe für einen Eklat gesorgt: Zwar stimmte der Kreistag zu, sich mit den Fragen der PDS beschäftigen zu wollen und die Zahl der genehmigten Plätze für Zusatz-Jobs in Altenheimen zu überprüfen. Doch wollten die großen Fraktionen und auch Landrat Jochen Welt eine Schuldzuweisung vermeiden. Derweil hinterfragten die kleineren Fraktionen Grüne und PDS die Rolle des Geschäftsführers der Altenheim GmbH - er ist zeitgleich Geschäftsführer der Vestischen Arbeit - und forderten sogar die Stadt Recklinghausen auf, den Mann bezüglich des Altenheims aus seiner Dienstverpflichtung zu entlassen.

hds

Markus Breitscheidel kommt nach RE

(Recklinghäuser Zeitung, 24.10.06)

ALTENPFLEGE: Namhafte Unterstützung hat die Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“ bekommen, die sich gegen die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn im Seniorenzentrum Grullbad engagiert. Markus Breitscheidel, Autor des Buches „Abgezockt und totgepflegt“, berichtet am Donnerstag, 26. Oktober, ab 19.30 Uhr, im Haus des Kirchenkreises, Limperstraße 15, über seine Erfahrungen als Altenpfleger und stellt dabei auch sein zweites Buch „Gesund gepflegt statt abgezockt“ vor. Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Solidaritätsinitiative mit dem ver.di-Bezirk Emscher-Lipper-Nord. Der Eintritt ist frei.

„Abgezockt und totgepflegt“

RE: Lesung mit Markus Breitscheidel

(Recklinghäuser Zeitung, 25.10.06)

„Immer weniger Personal muss für immer pflegebedürftigere Bewohner bei immer weniger Geld immer bessere Pflege leisten“, sagt Detlev Beyer-Peters, Kreistagsmitglied (Linkspartei) und Altenpfleger. Um die politische Diskussion zur Frage: „Welche Zukunft hat die Altenpflege?“ auszuweiten, hat er den Autor Markus Breitscheidel für eine Lesung am Donnerstag, 26. Oktober, ab 19.30 Uhr, im Haus des Kirchenkreises gewinnen können. Breitscheidel sorgte mit seinem 2005 erschienenen Buch „Abgezockt und totgepflegt“ für Furore. Der ehemalige Manager hatte seinen Job gekündigt, sich als Pflegehilfskraft in fünf privaten Altenheimen einstellen lassen und im Anschluss einen Erfahrungsbericht über seine „Undercover-Tätigkeit“ geschrieben. Er schildert Pflegekräfte, die ausgebrannt sind, die im Akkord die Bewohner „abarbeiten“, die für Zuwendung und Gespräche meist keine Zeit haben. Nach der Veröffentlichung des Buches habe er rund 1500 Briefe von Pflegepersonal und Angehörigen erhalten, die

ihm diese Verhältnisse bestätigt hätten, so Breitscheidel. Im Folge-Buch „Gesund gepflegt statt abgezockt“ stellt er nun u. a. „zukunftsweisende Wege für ein Altern in Würde“ vor.

Die Lesung wird von Thorsten Waschulewski (Bezirksverwaltung ver.di Emscher-Lippe) und Beyer-Peters veranstaltet. Beyer-Peters vertritt dabei eine Solidaritätsinitiative für einen Mitarbeiter eines Recklinghäuser Seniorenheimes, der derzeit mit seinem Arbeitgeber vor dem Arbeitsgericht steht. Ein Teil des Erlöses aus dem Buchverkauf fließt in diese Initiative.

Lesung mit Markus Breitscheidel: Do., 26. 10., 19.30 Uhr, Haus des Ktrchenkreises, Limperstr. 15, RE. Eintritt frei.

Wirbel um Euro-Jobber in Seniorenheimen

VER.DI: Arbeitsplätze werden vernichtet / Recklinghäuser Zentrum in der Kritik

(Recklinghäuser Zeitung, 26.10.06)

Werden in Altenheimen Arbeitsplätze durch Ein-Euro-Jobs verdrängt? Die Gewerkschaft ver.di schlägt Alarm, nachdem bekannt geworden ist, dass im Recklinghäuser Seniorenzentrum Grullbad 36 Hartz-IV-Empfänger tätig sind - zusätzlich zu den 105 regulär Beschäftigten.

VON MICHAEL WALLKÖTTER

Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV („Ein-Euro-Jobs“) sollen Arbeitslosengeld-II-Empfängern einen zusätzlichen Verdienst ermöglichen und sie für einen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben qualifizieren. Die Zusatz-Jobs dürfen jedoch keine Arbeitsplätze in Gefahr bringen. In Altenheimen ist die Tätigkeit von Ein-Euro-Kräften damit klar begrenzt. Alles, was mit Pflege und Versorgung der Senioren zu tun hat, muss in der Hand von Fachkräften bleiben. Für die zusätzlichen Helfer bleiben eigentlich nur Tätigkeiten wie Vorlesen oder die Begleitung bei Spaziergängen.

Im Seniorenzentrum Grullbad, einer hundertprozentigen Tochter der Stadt RE, werden die Euro-Jobber nach ver.di-Erkenntnissen jedoch überwiegend mit hauswirtschaftlichen Tätigkeiten betraut. Detlev Beyer-Peters, Vorsitzender der regionalen ver.di-Fachgruppe „Pflege“, wirft der Heimleitung vor, sich durch den massiven Einsatz billiger Euro-Jobber Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen 54 Seniorenheimen im Kreis RE zu verschaffen. Grullbad weise beim Tagessatz für Unterkunft und Verpflegung den zweitniedrigsten Wert im Kreisgebiet auf. Brisanz erhält die Auseinandersetzung durch die Person von Ulrich Lammers. Der ist nicht nur Geschäftsführer des Seniorenzentrums Grullbad, sondern auch gleichzeitig Chef der Vestischen Arbeit, die kreisweit für die Vergabe von Ein-Euro-Jobs zuständig ist. Die Leitung des Grullbader Heimes weist die Vorwürfe der Gewerkschaft jedoch zurück. Die eingesetzten Ein-Euro-Kräfte würden ausschließlich zusätzliche Tätigkeiten verrichten und keine regulären Stellen ersetzen.

ver.di-Geschäftsführerin Andrea Becker glaubt, „dass Grullbad kein Einzelfall ist“. Sie fordert die Träger der Senioreneinrichtungen und die Betriebsräte auf, konkrete Vereinbarungen über die Einrichtung von Zusatz-Jobs abzuschließen. „Das klappt in

anderen Bereichen ganz hervorragend“, sagt sie und nennt als Beispiel das Zusammenwirken von Bürgermeister und Personalrat in der Stadtverwaltung Herten. Nach Meinung der Gewerkschafterin muss die Vestische Arbeit noch viel genauer darauf achten, dass Ein-Euro-Kräfte nur den Regeln entsprechend zum Einsatz kommen. Mit seiner großen Zahl an Arbeitsgelegenheiten ist das Seniorenzentrum Grullbad in der Tat ein einmaliger Fall. Zum Vergleich: Die beiden Diakonie-Altenheime in Recklinghausen zum Beispiel beschäftigen bei 90 Festangestellten lediglich acht Ein-Euro-Kräfte. Fünf von ihnen, so Diakonie-Sprecher Michael Wiese, seien mittlerweile in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen worden.

Wie Lachsbrötchen zu Schmiergeld werden

(WAZ Recklinghausen, 09.11.06)

Küchenleiter setzt sich im Streit um Betriebsrats-Frühstück beim Arbeitsgericht durch. Urteil: Fristlose Kündigungen nicht haltbar. Grullbad-Geschäftsführung wittert sogar korrupte Machenschaften durch die Küche

Der Küchenchef im Grullbader Seniorenzentrum muss weiter beschäftigt werden. Das Herner Arbeitsgericht kippte gestern die beiden fristlosen Kündigungen, gegen die sich der seit fast 12 Jahren dort tätige Küchenleiter vor der zweiten Kammer gewehrt hatte.

Es waren wieder einmal die Brötchen nebst Kaffee und Tee, die im Hause vom Betriebsrat vor dessen Sitzungen als Frühstück verzehrt wurden, die für K. zum beruflichen Stolperstein werden sollten.

Wenn es nach dem Wunsch des Hauses gegangen wäre. Es ging aber gestern in Herne nicht nach dem Wunsch von Geschäftsführer Lammers und Hausanwalt Joachimi, denn die Kammer unter Vorsitz von Richter Kühl brachte die erhitzten Gemüter erst einmal auf den Boden der Tatsachen.

Fakt ist: Vor Betriebsratssitzungen gab es ein Frühstück. Zu üppig, wie die Geschäftsleitung monierte: mit Lachs oder gar Pfannekuchen.

Und diese Häppchen seien überhaupt nicht, beziehungsweise nicht korrekt abgerechnet worden. Diesen Vorwurf erhebt das Unternehmen bekanntlich auch gegen den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn.

Der Küchenchef, selbst auch Betriebsratsmitglied, wurde gefeuert, weil er das frugale Mahl halt immer aufgetischt hat. Alles sei stets bezahlt worden, per Essensmarken, beziehungsweise automatischer Abbuchung beim Gehalt, so das Gegenargument. Mit all dem habe aber sein Mandant gleich in doppelter Hinsicht nichts zu tun, wettet Anwalt Riepenhoff. Erstens sei der seit dem 1. Juli freigestellt - in dieser Zeit könne er gar keine Brötchen ausgegeben haben, wie ihm vorgeworfen wird. Zweitens habe er nichts mit der Kasse und dem Kassieren, beziehungsweise Abrechnen zu tun. Das Unternehmen witterte bei den geschmierten Brötchen zum Nulltarif sogar Korruption: Die Küche habe sich damit den Betriebsrat kaufen wollen, damit der sich für ihre Belange stark mache.

Nichts da, meinte die Kammer. Wenn hier möglicherweise Brötchen nicht nur gegen Essensmarken ausgegeben wurden, sei das schlimmstenfalls ein Verstoß gegen Dienstanweisungen und zunächst allenfalls abmahnenswert. (cgr)

Gericht sichert Koch seinen Platz am Herd

(Recklinghäuser Zeitung, 09.11.06)

Der bisherige Küchenchef des Seniorenzentrums Grullbad darf ab sofort an seinen Arbeitsplatz zurück kehren. Die zweite Kammer des Arbeitsgerichts Herne gab gestern der Kündigungsschutzklage des früheren Betriebsratsmitgliedes statt.

Dem hatte zunächst die Geschäftsführung des Altenheims betriebsbedingt, später dann fristlos gekündigt. Zudem stand eine Kündigung der Catering-Firma "Appetito" gegen den Küchenchef im Raum, nachdem das Unternehmen die Beköstigung der Bewohner per Vertrag im Rahmen eines so genannten "Teil-Betriebsübergangs" übernommen hatte. Alle drei Kündigungen, so befanden die Arbeitsrichter gestern, sind nichtig. Die ersten beiden, weil zum Zeitpunkt, als sie ausgesprochen wurden, das Seniorenzentrum schon nicht mehr Arbeitgeber des Kochs war. Die dritte, weil es sachlich keinen Grund gab, den erfahrenen Mann nach Hause zu schicken.

Ihm hatte die "Appetito" GmbH vorgeworfen, dem Betriebsrat des Seniorenzentrums bei Sitzungen ein Frühstück zubereitet zu haben, das später dann nicht korrekt abgerechnet wurde. Der Haken: Der Koch hat in der Praxis überhaupt noch keine Stunde für seinen neuen Arbeitgeber gearbeitet, da durch den Betriebsübergang zunächst zwischen den Parteien vereinbart worden war, bis zum Ausscheiden des Kochs eine Freistellung bei voller Lohnfortzahlung vor zu nehmen.

Auch das Gericht war schnell davon überzeugt, dass inhaltlich ein Arbeitnehmer, der gar nicht anwesend ist, auch keine Fehler machen kann. Und selbst, wenn er so gehandelt hätte wie ihm vorgeworfen wurde, hätte es nicht zu einer fristlosen Kündigung gereicht. Dann, so führte die Kammer in Herne aus, sei dies ein Verstoß gegen eine Dienstanweisung gewesen. Und die hätte zunächst mit einer Abmahnung versehen werden müssen, ehe eine fristlose Kündigung möglich würde. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Alles wartet auf Herrn Lammers

(Recklinghäuser Zeitung, 24.11.06)

Der Fall "Grullbad" wird immer mehr zum Politikum - auch auf Kreisebene. Im Sozial- und Gesundheitsausschuss rückte sogar die Diskussion über den Haushaltsentwurf 2007 angesichts der Vorgänge in dem Recklinghäuser Seniorenzentrum in den Hintergrund.

Von Oliver Prause

In dem Heim verdienen sich etwa 40 Ein-Euro-Jobber einen kleinen Betrag zu ihrem Arbeitslosengeld II hinzu (wir berichteten) - laut Vestischer Arbeit, ohne Arbeitsplätze zu verdrängen. Die Linkspartei - im Ausschuss vertreten durch Detlev Beyer-Peters - bezweifelt das. Auch angesichts der Tatsache, dass in dem Seniorenzentrum ein Betriebsratsmitglied und zwei Köche entlassen wurden: "Die Hartz-IV-Empfänger, und nicht die regulär Beschäftigten, beherrschen den Haushaltsbereich in Grullbad", meint Beyer-Peters. Zusätzliche Brisanz erhält die Angelegenheit durch die Person Ulrich Lammers: Dieser fungiert sowohl als Geschäftsführer der heimischen Hartz-IV-

Behörde als auch als Chef des Seniorenzentrums - das noch dazu eine gemeinnützige GmbH der Stadt Recklinghausen ist.

Vor diesem Hintergrund hatte auch die Kreisverwaltung Ende September in einer Anfrage von der Vestischen Arbeit genaue Angaben über die in allen Seniorenzentren des Kreises RE eingesetzten Hartz-IV-Empfänger und eine Beschreibung von deren Tätigkeitsfeldern verlangt.

Die Antwort von Ulrich Lammers, die dem Sozialausschuss jetzt vorgelegt wurde, ist nach Ansicht der meisten Mitglieder aber viel zu unkonkret. Brigitte Puschadel (SPD) nennt sie "sehr mangelhaft" und sieht darin gar eine "Missachtung unseres Gremiums".

Kritik aus allen Fraktionen gab es vor allem für die Tatsache, dass darin keine exakten Auskünfte über die Zahl von Ein-Euro-Jobbern in Altenheimen gegeben werden. Doch schon die Schätzung eines anwesenden Vertreters der Vestischen Arbeit - "insgesamt 272, davon 156 in Recklinghausen" - veranlasste Brigitte Puschadel dazu, von einer "überproportionalen" Bevorzugung der größten Kreisstadt bei Arbeitsgelegenheiten in Alten- und Pflegeheimen zu sprechen.

Höchst ärgerlich sei auch, so die SPD-Vertreterin, dass Lammers nicht persönlich an der Sitzung teilgenommen habe. Obwohl der Ausschuss bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht habe, dass es in der Sache dringenden Klärungsbedarf gebe. Puschadel meint: "Es müsste doch eigentlich im Interesse aller Beteiligten liegen, die Vorwürfe möglichst schnell aus der Welt zu räumen."

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss will es daher nicht mit einer schriftlichen Stellungnahme bewenden lassen: Einstimmig entschied er, dass es nach der Kreistagssitzung am 18. Dezember ab 14 Uhr eine Sondersitzung zum Thema "Grullbad" geben wird. Dann nach Hoffnung aller Mitglieder auch mit Ulrich Lammers, der mündlich Rede und Antwort stehen soll.

Ein Kreuzverhör soll es nach Ansicht von CDU-Politiker Karl-Josef Krekeler aber nicht geben: "Wir wollen niemanden vorverurteilen, das steht dem Ausschuss auch nicht zu. Aber wir verlangen natürlich eine lückenlose Aufklärung und müssen auch an die Heimbewohner in Grullbad denken, die sich jetzt fragen, wie es denn um die Qualität ihrer Versorgung bestellt ist."

Streit hält an um Zentrum in Grullbad

(WAZ Recklinghausen, 24.11.06)

Basta zeigt heute Abend Film auf der Straße Die Auseinandersetzungen um die Ein-Euro-Jobber im städtischen Seniorenzentrum Grullbad und die Kündigung gegen den Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn halten an. Basta in der Bürgerfraktion hat für den heutigen Freitag zu einer Open-Air-Präsentation eingeladen. Um 20 Uhr soll an der Ecke Hochstraße/Brunnenstraße, also direkt gegenüber dem Altenheim, unter anderem ein Film über die Situation in der Einrichtung gezeigt werden.

Das Seniorenzentrum war am Donnerstag auch Thema im Sozialausschuss des Kreistags. Dort wurde deutliche Kritik an Ulrich Lammers geübt, der einerseits Chef

der Vestischen Arbeit ist, die Ein-Euro-Jobs vergibt, andererseits aber auch nebenamtlicher Geschäftsführer des Seniorenzentrums, das diese Kräfte in ungewöhnlich großer Zahl beschäftigt.

Offenheit: sehr mangelhaft

(WAZ Kreis Recklinghausen, 24.11.06)

Steckt etwas dahinter, wenn die Vestische Arbeit mehr als die Hälfte der im Kreis Recklinghausen in Altenheimen beschäftigten Ein-Euro-Jobber in der Stadt Recklinghausen einsetzt? Auch dieser Frage soll sich Geschäftsführer Ulrich Lammers in einer Sondersitzung des Sozialausschusses stellen. Er ist gleichzeitig Geschäftsführer des städtischen Altenheims Grullbad. Foto: WAZ, Reiner KruseFoto: WAZ, DB

Der Sozialausschuss will in einer Sondersitzung die Fragen zum Einsatz von Ein-Euro-Kräften in Altenheimen klären. Chef der Vestischen Arbeit ist gleichzeitig Altenheim-Geschäftsführer Kreis. Seit mehreren Monaten brodelte es im Kessel - am Donnerstag flog der Deckel hoch: Der Sozialausschuss des Kreises rief für den 18. Dezember eine Sondersitzung ein. Und bestellte den Geschäftsführer der Vestischen Arbeit - und damit auch den Geschäftsführer des städtischen Altenheims Grullbad zum Rapport. Denn Ulrich Lammers ist beides.

Als Chef der Vestischen Arbeit hat er den Auftrag, möglichst vielen Langzeitarbeitslosen eine Perspektive und Arbeitsgelegenheiten - wenn möglich mit Qualifizierung - zu geben. Als Chef des Recklinghäuser Altenheims hat er den Auftrag, den Betrieb wirtschaftlich zu führen. Dass und wie er beides unter einen Hut brachte, sorgt nicht erst seit Bekanntwerden der Kündigung des Altenheim-Betriebsratsvorsitzenden für Stirnrunzeln und Sorgenfalten bei den Kreistagspolitikern.

Immerhin beschäftigt der frühere stellvertretende Leiter des Recklinghäuser Sozialamtes - er ist zur Vestischen Arbeit abgeordnet - 40 Langzeitarbeitslose in "seinem" Altenheim, das nach Mitteilung der PDS im Gegenzug Stammpersonal in erkennbarem Umfang abgebaut habe.

"Der gesamte Hausservice-Bereich des Grullbader Heims ist fest in der Hand von Ein-Euro-Kräften. Und weil das so ist, hat das städtische Altenheim gegenüber anderen Einrichtungen einen wirtschaftlichen Vorteil in Höhe von 400 000 Euro pro Jahr. Und durchbricht damit alle gesetzlichen Regelungen, verletzt die Wettbewerbsneutralität", wirft PDS-Kreistagsmitglied Detlev Beyer-Peters dem Doppel-Geschäftsführer vor.

Der sollte sich zu diesen Anwürfen äußern: Doch statt umfassend zu informieren, lieferte Ulrich Lammers auf Anforderung der Kreisverwaltung ein Schreiben ab, das keiner Fraktion schmeckte. "Nach der Antwort der Vestischen Arbeit fehlen viele Informationen. Und eigentlich hätte Herr Lammers heute hier sein müssen. Seine Antwort ist sehr mangelhaft", sagte SPD-Sprecherin Brigitte Puschadel.

Zumal die von der Vestischen Arbeit vorgelegten Zahlen "Bände sprechen", wie Beyer-Peters formulierte: "In Recklinghäuser Altenheimen findet ein vergleichsweise übergroßer Einsatz von Ein-Euro-Jobbern statt".

Die Zahlen konnte Werner Cordes von der Vestischen Arbeit - er kam als Vertreter der Sozialbehörde in den Ausschuss - bestätigen: 272 Langzeitarbeitslose sind kreisweit in Altenheimen beschäftigt - mehr als die Hälfte, 156, davon in Recklinghausen. Und davon wiederum 40 im Altenheim Grullbad.

Beyer-Peters nahm den Qualifizierungsauftrag der Vestischen Arbeit zum Anlass, die Frage zu stellen, ob ein Altenheim dies bei 40 Ein-Euro-Kräften denn leisten könne.

Eva-Maria Stuckel (Grüne) erinnerte daran, dass vor nicht der Kreis einen Beschluss gefasst hatte, der den Einsatz von ein-Euro-Jobbern verbietet, wenn dadurch Arbeitsplätze gefährdet oder verdrängt werden. Zudem gab sie der Stadt Recklinghausen die Empfehlung, das Altenheim an einen Wohlfahrtsverband abzugeben. Die Antwort von Lammers stufte sie als "nicht gerade kompetent" ein.

Die CDU, die in einer vorangegangenen Sitzung zunächst noch verhalten mit dem Thema umgegangen war, forderte nun eine sachliche Aufklärung. "Viele Aspekte des Themas liegen in einer Grauzone", meinte Karl-Josef Krekeler. Keinesfalls dürfe man keine Vorverurteilung vornehmen. "Viele Aspekte des Themas liegen in einer Grauzone".

Vestische Arbeit:

Seit 2005 gibt es die Sozialbehörde, die u.a. Langzeitarbeitslose qualifizieren und vermitteln soll. Träger sind die Agentur für Arbeit und der Kreis mit seinen zehn Städten. Die Behörde hat zwei Geschäftsführer und wird von der Trägerversammlung beaufsichtigt. Zurzeit findet eine interne Revision statt, bei der Mitarbeiter der Arbeitsagentur Hannover die Vestische Arbeit auch wegen der Vorgänge um das Altenheim Grullbad durchleuchten.

Rolf Kohn darf zurück an seinen Arbeitsplatz

(Recklinghäuser Zeitung 29.11.06)

Am Ende hatte Ulrich Nierhoff offenbar die Nase endgültig voll vom Aufrechnen zweistelliger Euro- und Centbeträge: "Kommen Sie mir mit solchen Sachen nicht noch einmal vorbei." Mahnende Worte des Vorsitzenden Richters am Arbeitsgericht Herne an alle Prozessbeteiligten. -

Von Alexander Spiess

Die Leitung des Seniorenzentrums (SZ) Grullbad hat vor dem Arbeitsgericht eine Schlappe hinnehmen müssen: Nach Meinung des Gerichts ist die fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn wegen angeblicher Vorteilnahme durch fehlerhafte Abrechnungen nicht rechtmäßig.

Sichtlich zerknirscht nahmen Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel und Geschäftsführer Ulrich Lammers die richterliche Entscheidung zur Kenntnis. Mit einem Urteilsspruch

hatten sie und ihr Bevollmächtigter Jürgen Joachimi am gestrigen Verhandlungstag nicht gerechnet.

Sie waren in der Erwartung angereist, dass bloß eine der vielen strittigen Detailfragen rund um die Frühstücks-Abrechnungen des Betriebsrates verhandelt würde. Nämlich die, ob sich Rolf Kohn und Heimleiter Karl-Heinz Hufnagel im Vorfeld auf die Abrechnungsmodalitäten der Betriebsratsfrühstücke geeinigt hatten oder nicht.

Diese Frage interessierte Richter Nierhoff nicht mehr. Er hatte sich stundenlang durch die Abrechnungsunterlagen des Betriebsratsvorsitzenden gearbeitet und stellte Kohn ein vernichtendes Urteil aus: "Hätten Sie vorher nicht so viel in die Frühstückskasse eingezahlt, wären Sie jetzt raus." Denn: Einzahlungen seien erst unregelmäßig und später gar nicht mehr erfolgt. "Damit haben Sie Ihrem Arbeitgeber eine Steilvorlage gegeben", sagte Nierhoff.

Unterm Strich zog der Vorwurf des Arbeitgebers nicht, Kohn hätte sich an den Geldern für die Frühstücksabrechnung bereichert. Denn in der Kasse war am Ende zuviel Geld. 91 Euro statt der zu erwartenden 85 Euro.

Dennoch habe Kohns säumige Einzahlungspraxis dem Betriebsrat großen Schaden zugefügt.

Künftig sollen die Betriebsräte das Frühstück während ihrer Sitzungen mit zuvor gekauften Wertmarken bezahlen. Die gängige Praxis, einen Trinkbecher als Sammelkasse aufzustellen, habe sich als wenig zuverlässig erwiesen. Um größtmögliche Transparenz herzustellen, verpflichtete sich der Betriebsrat, das Frühstück während seiner Versammlungen künftig in der Kantine und nicht mehr im Betriebsratsbüro zu sich zu nehmen.

Die Widerrufsfrist des Urteils läuft bis zum 12. Dezember. Bis dahin muss der Aufsichtsrat der Betreibergesellschaft des Seniorenzentrums entscheiden, ob er das Urteil anfechten will. So lange bleibt Rolf Kohn vom Dienst suspendiert. Dennoch umarmten ihn die knapp 30 Prozessbesucher gestern im Akkord.

Richter watscht Betriebsrat heftig ab

(WAZ Recklinghausen 29.11.06)

Solidarität für Kohn gab es nicht nur vergangene Woche in aller Öffentlichkeit - auch gestern quetschten sich gut zwei Dutzend Anhänger in den Sitzungssaal in Herne. Sie hatten aber Probleme damit, aufgewiesene Fehler zu erkennen. Foto: WAZ, Loj

Arbeitsgericht Herne stützt jedoch die fristlose Kündigung des Vorsitzenden durch das Seniorenzentrum Grullbad nicht. Schlampige Buchführung und Abrechnung rechtfertigen eine Abmahnung. Insgesamt wurde sogar zuviel bezahlt Mit einem dunkelblauen Auge kam gestern der Betriebsratsvorsitzende des Seniorenzentrums Grullbad, Kohn, aus dem Arbeitsgericht in Herne, vor dem es um seine fristlose Kündigung ging. Die Blessuren handelte er sich vom Vorsitzenden der fünften Kammer Nierhoff ein.

Vor gut zwei Dutzend Kollegen und Mitarbeitern watschte die Kammer Kohn ob seiner absolut desolaten und halbherzigen Buchführung und schlampigen Bezahlung von Frühstücken von Betriebsräten vor den eigentlichen Sitzungen ab. Und damit redete Richter Nierhoff eigentlich schon Geschäftsführer Lammers und seinem Anwalt Joachimi das Wort.

Aber auch nur eigentlich, denn die beiden mussten die für sie schmerzliche Kröte schlucken, dass die Kammer die ausgesprochene fristlose Kündigung nicht halten würde.

Kohn sollte seinen Kollegen auf Knien danken, dass sie ihn zum Betriebsrat gewählt haben, der nur fristlos kündbar ist. "Ordentlich wären Sie dafür nämlich raus!"

Zum Hintergrund: Vor den Betriebsratssitzungen bedienten sich die Mitglieder erlaubterweise am Frühstücksbuffet des Seniorenzentrums. Bei einigen wurden die dafür anfallenden 1,43 Euro automatisch vom Lohn abgebucht, andere zahlten aufgerundete Beträge in ein Wasserglas. Und daraus beglich Kohn dann die offenen Rechnungen. Manchmal zahlte er der Küche sogar mehr, manchmal zahlte er verspätet, dann - während seines Urlaubs - wurde überhaupt nicht bezahlt. Er beglich dann Wochen später aus dieser Wasserglaskasse den ausstehenden und von der Geschäftsführung reklamierten Betrag.

Insgesamt bekam die Küche so sogar rund sechs Euro zuviel. Zum Glück für Kohn, denn bei zu wenig hätte das Gericht eine "Fristlose" auch durchgehen lassen. Gestern kam es in Herne zu einem Vergleich: Danach wird Kohn abgemahnt, zukünftig muss der Betriebsrat mit Essensmarken sofort bezahlen und im Speisesaal frühstücken. Lammers bat sich hierfür eine zweiwöchige Widerrufsfrist aus.

Aufsichtsrat des SZ Grullbad soll Vergleich vor Arbeitsgericht zustimmen

(Recklinghäuser Zeitung, 01.12.06)

Den am Mittwoch vor dem Herner Arbeitsgericht vorgeschlagenen Vergleich um die Kündigung von Rolf Kohn, Betriebsratsvorsitzender im Seniorenzentrum (SZ) Grullbad, ist aus Sicht der Gewerkschaft ver.di und der "Solidaritätsinitiative für Rolf Kohn" ein "deutlicher Sieg für die betriebliche Mitbestimmung". -

Wie gestern berichtet, reichten dem Arbeitsgericht die Gründe für eine fristlose Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden nicht. Der ver.di-Bezirksvorstand hatte bereits deutlich gemacht, dass für ihn die Kündigung von Kohn "eindeutig im Zusammenhang mit kritischen Äußerungen" zum Einsatz von Ein-Euro-Jobbern stehe. Josef Hülsdünker, DGB-Regionsvorsitzender: "Nicht der Betriebsratsvorsitzende muss weg, sondern die vielen 1-Euro-Jobs." Vor Gericht wurde indes um fehlerhafte Frühstücks-Abrechnungen des Betriebsrates gestritten. Die Heimleitung bat sich nach dem Vergleichsvorschlag eine Frist bis zum 12. Dezember aus, bis dahin ist Kohn vom Dienst suspendiert.

In einer gemeinsamen Erklärung fordern ver.di und Initiative den Aufsichtsrat des SZ Grullbad auf, dem Vergleich zuzustimmen. Damit ist das Thema Ein-Euro-Kräfte für die Initiative aber noch nicht vom Tisch. Sie hat einen Forderungskatalog aufgestellt. Darin heißt es: "Die vorhandenen Maßnahmen laufen am 31. Dezember 2006 aus, der Einsatz der Ein-Euro-Kräfte wird auf den gesetzlichen Rahmen zurückgeführt und für den Hausservice (Stationsküchen) werden 12,5 Stellen geschaffen." Dies sei

laut Erklärung der Stundenanteil in Stellen, den jetzt Ein-Euro-Kräfte abdeckten. Zur Finanzierung sollen Sonderverhandlungen mit den Kostenträgern aufgenommen werden.tf

Lauter Ruf nach Konsequenzen

(Recklinghäuser Zeitung 04.12.06)

"Jetzt müssen politische Konsequenzen folgen", meint Josef Hülsdünker, Chef des Deutschen Gewerkschaftsbunds in der Region Emscher-Lippe, mit Blick auf die Diskussionen um das Seniorenzentrum Grullbad in Recklinghausen.

Von Markus Geling

Die Bezirksgruppe Emscher Lippe Nord von ver.di sowie die "Solidaritätsinitiative für Rolf Kohn" zogen am Samstag demonstrierend von der Agentur für Arbeit zum Dr.-Helene-Kuhlmann-Platz am Recklinghäuser Rathaus.

Und zwar mit "zwei zentralen Botschaften", so Andrea Becker, Geschäftsführerin der ver.di-Bezirksgruppe. Erstens fordere man, dass der Aufsichtsrat des Seniorenzentrums den vom Arbeitsgericht Herne vorgeschlagenen Vergleich um die Kündigung von Rolf Kohn annimmt. Dem Gericht reichten die Gründe für eine Entlassung des Betriebsratschefs - angebliche Vorteilnahme durch fehlerhafte Abrechnungen - bekanntlich nicht. Becker sieht hier sowieso einen ganz anderen Zusammenhang: "Die Kündigung kam direkt nach der öffentlichen Kritik an Ulrich Lammers wegen des rechtswidrigen Einsatzes von Ein-Euro-Kräften." Offenbar habe man hier einen Kritiker loswerden wollen.

Lammers ist Geschäftsführer des Seniorenzentrums, eine hundertprozentige Tochter der Stadt RE, und zugleich Chef der Vestischen Arbeit, welche für die Vergabe von Ein-Euro-Jobs zuständig ist. Nach Ansicht der Demonstranten verschafft sich das Seniorenzentrum Grullbad durch den überproportionalen Einsatz von Ein-Euro-Kräften - fast 40 - einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz. Zudem bezweifle man stark, so Becker, dass die Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Grullbad nur zusätzliche Arbeit leisten. Deshalb laute die zweite Botschaft der Demo: "Stellt einen Teil der Ein-Euro-Kräfte fest ein, genug Arbeit ist schließlich da."

Deutliche Worte fand Hülsdünker, dessen Stellungnahme Becker verlas. So dürfe es nicht sein, "dass der Geschäftsführer gegen Betriebsräte mit Kündigung vorgeht, um von seiner Interessenverquickung als Grullbad-Geschäftsführer und Geschäftsführer der Vestischen Arbeit abzulenken". Und es dürfe auch nicht sein, "dass die Verdrängung regulärer Beschäftigung durch Ein-Euro-Kräfte im Seniorenzentrum ohne Konsequenzen für die Geschäftsführung und die Verantwortlichen der Stadt Recklinghausen bleibt".

Eher humoristisch ging ein als Nikolaus verkleideter Detlev Beyer-Peters (ver.di) das Thema an: "Dem Ulrich Lammers schenke ich mehr Klugheit und Mut, denn mehr Aufrichtigkeit und weniger Posten täten ihm gut".

Derweil betonte Harry Fuchs (Landespflegeausschuss) grundsätzlich, dass Ein-Euro-Kräfte nur "im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Arbeiten" leisten dürfen - und ihre Einsatzmöglichkeiten in der stationären Pflege so sehr begrenzt seien.

Für korrekte Ein-Euro-Jobs auf die Straße

Klarer Verstoß

(WAZ Recklinghausen, 04.12.06)

Verdi-Demonstration mit neuem Schwerpunkt lockte 50 Teilnehmer

Die Gewerkschaft Verdi lässt nicht locker: Mit einer Demonstration vom Arbeitsamt zum Rathaus und anschließender Kundgebung setzte sie am Samstag ihre Protestaktionen gegen die hohe Zahl der Ein-Euro-Jobber im städtischen Seniorenzentrum Grullbad fort. Seit Wochen läuft diese Auseinandersetzung. Die Aktion am Samstag sollte ursprünglich vor allem eine Solidaritätsaktion für den gekündigten Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn sein, doch der Ausgang von dessen Verfahren vor dem Arbeitsgericht Herne - die WAZ berichtete - zwang Verdi zum Umdenken.

Und so stand die Kritik am Umgang mit den Arbeitsgelegenheiten, insbesondere in Pflegeeinrichtungen, im Mittelpunkt der Veranstaltung, die gut 50 Teilnehmer auf die Straße gebracht hatte. Sie formierten sich vor dem Arbeitsamt zu einem Demo-Zug, im Dr.-Helene-Kuhlmann-Park neben dem Rathaus erfuhren sie dann von mehreren Solidaritätsbekundungen. So hatten Betriebsräte aus Bochum und Herne 84 Unterschriften gesammelt, die Montagsdemonstranten aus Recklinghausen stellten sich ausdrücklich an Verdis Seite.

Im Arbeitsamt Recklinghausen wartet man derweil gespannt auf das Ergebnis einer internen Prüfung, das in Kürze vorliegen soll. Hintergrund ist die Kritik daran, dass Ulrich Lammers, Chef der Vestischen Arbeit, 40 Ein-Euro-Jobber für das Grullbades Altenzentrum bewilligt hat; dessen nebenamtlicher Geschäftsführer Lammers in Personalunion ebenfalls ist. Es geht nicht um reguläre Arbeit gegen Entgelt, sondern um Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung. Darauf wies Harry Fuchs, Mitglied im Landespflegeausschuss für Verdi, bei der Kundgebung am Samstag in RE deutlich hin. Wenn Ein-Euro-Kräfte in Seniorenzentren Leistungen erbrächten, die sozialrechtlich finanziert sind, dann sei dies ein klarer Verstoß gegen die für die Arbeitsgelegenheiten geltenden Grundsätze.

Bundesweite Proteste gegen Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden

(Unsere Zeit, 27.10.06)

Gewerkschafter trat massiv gegen 1-Euro-Jobs auf

Die Seniorenzentrum Grullbad gGmbH in Recklinghausen hat mit einem Schlag drei Beschäftigten fristlos gekündigt. Zwei Köchen wird vorgeworfen, Frühstück ohne Entgegennahme von entsprechenden Speisemarken oder Bargeld an Mitglieder des Betriebsrates herausgegeben zu haben. Dem Betriebsratsvorsitzenden und Verwaltungsangestellten Rolf Kohn wird vorgeworfen, an Betriebsratsmitglieder keine

Speisemarken für das Frühstück verkauft, sondern stattdessen die bar eingenommenen Gelder nicht unverzüglich und vollständig abgerechnet zu haben. Die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn müsste vom Arbeitsgericht bestätigt werden, dazu findet am 29. November 2006 um 13.15 Uhr der Kammertermin vor dem Arbeitsgericht in Herne statt. Der Betriebsrat hat den Kündigungen nicht zugestimmt. Die Betroffenen wehren sich. Eine neu gegründete Initiative organisiert die öffentliche Solidarität mit den Gekündigten. Sie geht nämlich davon aus, dass die Geschäftsführung des Seniorenzentrums nur auf eine Gelegenheit zur Kündigung gewartet hat. Die UZ sprach mit Detlev Beyer-Peters, Sprecher der Solidaritätsinitiative „Recklinghausen für Rolf Kohn“.

UZ: *Vor fünf Wochen hat sich die Solidaritätsinitiative gegründet. Was ist in dieser Zeit geschehen?*

Detlev Beyer-Peters: Für mich ist sehr überraschend, wie sprunghaft sich die Solidarität in dieser kurzen Zeit entwickelt hat. Wir haben bisher über 1 000 Unterschriften gesammelt, seit drei Wochen gibt es zunehmend Solidaritätserklärungen von Betriebsräten, Personalräten, Mitarbeitervertretungen aus dem ganzen Bundesgebiet, aber auch von Einzelpersonen wie dem Autor Markus Breitscheidel oder Daniel Kreutz (Mitglied des Landespflegeausschusses von Nordrhein-Westfalen und dort Vertreter der beiden Sozialverbände Sozialverband Deutschland (SoVD) und Sozialverband VdK). Bei lokalen Unterschriftensammlungen gibt es eine sehr große Bereitschaft von Recklinghäuser Bürgern, den Aufruf für die Rücknahme der Kündigungen zu unterschreiben. Die meisten Angesprochenen kennen in der Zwischenzeit den Fall. Die Kündigungsgründe werden von immer mehr Menschen als vorgeschoben empfunden. Auch die Entrüstung über den massiven Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Seniorenzentrum Grullbad nimmt zu. Die Menschen empfinden, dass da etwas nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn in einer Einrichtung auf 100 regulär Beschäftigte 40 Ein-Euro-Jobs kommen.

UZ: *Wo werden diese Ein-Euro-Kräfte eingesetzt?*

Detlev Beyer-Peters: Der Haupteinsatz läuft im ganzen Hausservice-Bereich. Das ist ein Bereich, der von den Kostenträgern zu finanzieren ist und der deshalb für Ein-Euro-Kräfte nicht geöffnet werden darf.

UZ: *Wie sieht es generell mit dem Einsatz von Ein-Euro-Kräften im Pflegebereich aus?*

Detlev Beyer-Peters: Die Experten und betroffenen Organisationen berichten immer häufiger, dass immer mehr Ein-Euro-Kräfte eingesetzt werden, die nicht nur zusätzliche Tätigkeiten wahrnehmen. Da zwingt sich die Fragestellung auf: Wie geht man damit um, als Betriebsrat, als Öffentlichkeit? Wie verhindert man, dass ganz bewusst den Gesetzen zuwidergehandelt wird, zum Nachteil der in den Seniorenheimen Beschäftigten wie auch der Bewohner? Auch das gibt dem Geschehen im Seniorenzentrum Grullbad eine bundesweite Bedeutung, was sich auch darin äußert, dass der Fall neben anderen bundesweit erscheinenden Medien in „ver.di-publik“ in ihrer Beilage für den Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens aufgegriffen wurde. Wir hoffen, dass weitere Veröffentlichungen dazu folgen. Viele Betriebs- und Personalräte und Mitarbeitervertretungen gehen ja von falschen Voraussetzungen bei der Einschätzung von Ein-Euro-Kräften aus.

UZ: Was wäre denn den Kollegen zu raten?

Detlev Beyer-Peters: Sie sollten sich zuerst mit den entsprechenden Leitlinien vertraut machen. Diese können beispielsweise von unserer Homepage www.recklinghausen-fuer-rolf-kohn.de heruntergeladen werden. Mit deren Hilfe lässt sich die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von Ein-Euro-Kräften in ihrer Einrichtung prüfen. Auch die Rede des Sozialexperten Daniel Kreutz auf einer Belegschaftsversammlung im Seniorenzentrum Grullbad, die auch auf unserer Homepage zu finden ist, liefert gleichfalls hervorragende Möglichkeiten dazu. Die Betriebsräte sollten prinzipiell darauf achten, dass keine Einsätze erfolgen, die letztendlich reguläre Arbeitsplätze abbauen bzw. die Schaffung neuer verhindern. Die Rechtsprechung geht heute davon aus, dass die Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht bei der Einrichtung dieser Arbeitsgelegenheiten haben.

UZ: Wie siehst du den Hintergrund für den vermehrten Einsatz von Ein-Euro- Kräften in Altenheimen?

Detlev Beyer-Peters: Durch den zunehmenden Konkurrenzdruck auch mit privaten Trägern geraten Altenheime mehr und mehr in die Situation, dass sie nicht soviel Geld erhalten, um alle Leistungen im Pflegeheim finanzieren zu können. Da kommen dann die Betriebswirte in den Einrichtungen auf die Idee, Ein-Euro-Kräfte einzusetzen. Sie wissen, dass sie rechtswidrig handeln, machen es aber trotzdem, weil sie finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen. Der Wettbewerb führt dazu, dass man immer billigere Pflege anbieten will, damit man überhaupt noch Bewohnerinnen und Bewohner bekommt. So würden nach ihren Vorstellungen Ein-Euro-Kräfte als Rationalisierungsmaßnahme eingesetzt, was jedoch von Betriebsräten verhindert werden kann.

UZ: Welche Alternativen siehst du?

Detlev Beyer-Peters: Es wäre nichts gegen einen Wettbewerb einzuwenden, der die Qualität der Betreuung verbessern würde. Der Wettbewerb darf nicht genutzt werden, dass die Gehälter der Beschäftigten spiralförmig nach unten geschraubt werden, daher fordert ver.di auch einen Tarifvertrag Soziale Dienste. Das würde dazu führen, dass alle Einrichtungen hinsichtlich der Personalkosten die gleichen Ausgangspositionen hätten und der Wettbewerb sich dann auf die Qualität der Pflege beziehen würde. Heute ist es so, dass ein privater Betreiber seine Gewinne nur auf Kosten der Gehälter scheffeln kann.

Das Gespräch führte Werner Sarbok

Justiz fordert Bericht an

(WAZ 06.02.07)

Vest. Nicht nur die Trägerversammlung der Vestischen Arbeit, sondern auch die Staatsanwaltschaft Bochum befasst sich mit den Vorgängen innerhalb der Sozialbehörde.

Oberstaatsanwalt Dr. Christian Kuhnert bestätigte am Montag, dass die Staatsanwaltschaft den vertraulichen Bericht der Revisionsgruppe angefordert hat, die von November 2006 bis Januar 2007 die Sozialbehörde routinemäßig durchleuchtet hat. Anlass ist eine Strafanzeige.

Nach WAZ-Informationen soll im Zuge des Ermittlungsverfahrens auch geprüft werden, ob Ein-Euro-Kräfte von der Vestischen Arbeit entgegen bestehender Vorschriften eingesetzt wurden. Im Visier hat die Staatsanwaltschaft dabei auch das städtische Altenheim Grullbad in Recklinghausen, in dem es 40 Stellen für Ein-Euro-Kräfte gab.

Zu viel, findet Detlev Beyer-Peters. Das PDS-Kreistagsmitglied ist Betriebsratsvorsitzender eines Altenheimes. Im Kreis-Sozialausschuss hatte er dafür gesorgt, dass die Vestische Arbeit die Zahl der Arbeitsgelegenheiten übersichtlich präsentieren musste. Dabei fiel auf: Träger von sozialen Einrichtungen in Recklinghausen und die Stadt RE selbst haben überdurchschnittlich viele Arbeitsgelegenheiten.

Das Auffällige, das seit dem Herbst die Sozialpolitiker bewegt: Der Geschäftsführer des Altenheims ist zugleich Geschäftsführer der Vestischen Arbeit. Für das Altenheim war Ulrich Lammers, der frühere stellvertretende Leiter des Sozialamtes schon zuständig, als er noch in städtischen Diensten stand. Als er zur Vestischen Arbeit abgeordnet wurde, legte er seine Tätigkeit fürs Altenheim aber nicht nieder.

Ein Interessenkonflikt, findet nun auch die CDU im Kreis-Sozialausschuss. Zuvor hatten nur SPD, Grüne und PDS die Doppelfunktion des Geschäftsführers moniert. Die Fraktionen gehen jedoch eher verhalten mit dem Thema um.

Kein Wunder: Die zehn kreisangehörige Städten sind überschuldet, haben also zum einen alle etwas davon, dass billige Arbeitskräfte der Vestischen Arbeit die Arbeiten übernehmen, die ansonsten liegen geblieben wären. Zum anderen sitzen ihre Parteimitglieder in Aufsichtsgremien der städtischen Betriebe (siehe Altenheim), die keine Verluste machen sollen.

Der ESR (Entsorgungsbetrieb Stadt RE) zum Beispiel hat - bei 150 festangestellten Mitarbeitern - allein 60 Ein-Euro-Kräfte. Ein Verhältnis, bei dem nach Ansicht von Beyer-Peters von der vom Gesetzgeber geforderten Qualifizierung der Langzeitarbeitslosen zur Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt keine Rede mehr sein kann. Der Geschäftsführer hält sich bedeckt: Zur Sache selbst äußert er sich nicht. Und auf die Frage, ob er nicht besser seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Altenheimes niederlegen wolle, blieb er die Antwort schuldig.

Konsequenz gezogen

(WAZ 07.02.07)

Vest. Ulrich Lammers, Geschäftsführer der Sozialbehörde "Vestische Arbeit" und Geschäftsführer des Städtischen Altenheims Grullbad in Recklinghausen, wird seinen umstrittenen Zweitjob als Altenheim-Geschäftsführer niederlegen.

Nach Informationen der WAZ hat sich Lammers am Montag zu diesem Schritt entschlossen und in einem Brief an die Stadt um seine Entpflichtung gebeten. In den Monaten zuvor war seine Doppelrolle als Chef der Behörde, die Langzeitarbeitslose in so genannte Ein-Euro-Jobs vermittelt, und als Chef des Altenheims, das Bedarf für 40 Ein-Euro-Jobs angemeldet hatte, heftig kritisiert worden (die WAZ berichtete am Dienstag).

Lammers hatte sich bis dahin darauf berufen, von seinem früheren Arbeitgeber (Stadt Recklinghausen) eine Nebenarbeitserlaubnis erhalten zu haben. Nach der Überlassung an die Vestische Arbeit war diese jedoch im Jahr 2005 nicht vom Kreis Recklinghausen erneuert worden. Das betraf auch die Lehrtätigkeit des früheren stellvertretenden Sozialamtsleiters.

Der Kreis - er ist gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Träger der "Vestischen Arbeit" - hatte die Doppelrolle von Lammers als bedenklich angesehen und ihn zum Handeln aufgefordert. Denn wenn Lammers das Amt des Altenheim-Geschäftsführers nicht von sich aus niedergelegt hätte, wäre vom Kreis ein Disziplinarverfahren wegen des Verdachts der Befangenheit eingeleitet worden.

Lammers legt ein Amt nieder

(Recklinghäuser Zeitung 08.02.07)

Recklinghausen. (hb) Nach den Diskussionen um die "Ein-Euro-Job-Vermittlung" im Seniorenzentrum Grullbad ist der ehrenamtliche Geschäftsführer Ulrich Lammers zurückgetreten. -

Er hat bei der Stadt Recklinghausen am Montag per E-Mail um seine Entpflichtung gebeten. "Herr Lammers reagiert damit auf die öffentliche Diskussion, in der Zusammenhänge konstruiert werden, die es nicht gibt", erklärte gestern Georg Möllers. Der Sozialdezernent der Stadt RE ist Mitglied im Aufsichtsrat des Seniorenzentrums.

Lammers (kl. Foto) - fungiert auch als Geschäftsführer der Hartz-IV-Behörde Vestische Arbeit. Seine Doppelrolle war in den vergangenen Monaten von Kreispolitikern und Lokalpolitikern in Recklinghausen heftig kritisiert worden.

So hatte der Recklinghäuser Ratsherr Reinhard Jankowiak von der Bürgerfraktion sogar eine Anzeige erstattet. Mittlerweile ermittelt die Bochumer Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue. Jankowiak erhebt aber nicht nur Kritik gegen den Umgang mit Ein-Euro-Jobs beim Seniorenzentrum Grullbad, sondern auch beim Entsorgungsbetrieb der Stadt RE. Dort stehe die Beschäftigung von rund 60 Ein-Euro-Jobbern im krassen Missverhältnis zur Belegschaftsgröße. Auch dieser Vorwurf ist Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

Pressesprecher Dr. Christian Kunert bestätigte, dass die Staatsanwaltschaft Bochum den Bericht einer Revisionsgruppe angefordert hat, die von November 2006 bis Januar 2007 die Sozialbehörde unter die Lupe genommen hatte. "Noch liegt uns der Bericht nicht vor. Wir werden nach der Auswertung entscheiden, wie wir weiter vorgehen. Der Schwerpunkt liegt auf dem SZ Grullbad", so Kunert. Erst Ende nächster Woche seien neue Ergebnisse zu erwarten.

Lammers war gestern gegenüber unserer Zeitung zu keiner Stellungnahme bereit. Wie die Redaktion erfuhr, sollen mittlerweile durch den Kreis auch andere Nebentätigkeiten des Geschäftsführers der Vestischen Arbeit auf den Prüfstand gestellt werden. Genehmigt wurden diese noch zu seiner Zeit beim Sozialamt der Stadt Recklinghausen. 2005 folgte sein Wechsel zur Vestischen Arbeit. So soll Lammers unter anderem stark als Dozent eingespannt sein.

Eßers folgt Lammers

(Recklinghäuser Zeitung 19.04.07)

Von Hermann Böckmann

HOCHSTRASSE. Der Rat der Stadt wird in seiner Sitzung am kommenden Montag (17 Uhr, großer Sitzungssaal) einen neuen Geschäftsführer für das Seniorenzentrum (SZ) Grullbad bestellen. Nach Informationen der RZ wird Gilbert Eßers diesen Posten nebenamtlich ausfüllen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung hat der Aufsichtsrat des SZ in einer Sondersitzung am Montag gefasst. Eßers ist langjähriger Leiter des Fachbereichs Technische Dienste. Ursprünglich war für den Geschäftsführer-Posten Uwe Borzichowski vorgesehen. Der Aufsichtsrat hatte ihn bereits "ausgeguckt", doch dann winkte der Chef des Fachbereiches Steuerung und Service ab. Grund: Er soll sich nicht ausreichend durch den Sozialdezernenten Georg Möllers in das Auswahlverfahren einbezogen gefühlt haben.

Das SZ Grullbad war zuletzt dauerhaft in die Schlagzeilen geraten. Im Zentrum der Kritik stand der vor einigen Wochen zurückgetretene Geschäftsführer Ulrich Lammers. So hatten die Gewerkschaft ver.di und der Rathaus-Personalrat dem Geschäftsführer der Vestischen Arbeit (ARGE) vorgeworfen, über die Maßen viele Ein-Euro-Jobber auf Kosten regulärer Stellen ins Seniorenheim geholt zu haben (RZ berichtete). Stadt und Lammers hatten jedoch stets die Auffassung vertreten, die 40 Ein-Euro-Kräfte verrichteten ausschließlich zusätzliche Tätigkeiten.

Allerdings räumte Sozialdezernent Georg Möllers, der auch Mitglied im Aufsichtsrat der Einrichtung ist, bereits vor Wochen gegenüber der RZ ein: "Die Zusatzkräfte entlasten das Personal." Wegen der finanziellen Situation der Betreiber-Gesellschaft sei es nicht möglich, weitere reguläre Stellen zu schaffen. Der Rückgang von Zivildienstleistenden habe diese Problematik zusätzlich verschärft.

Für harsche Kritik aus dem Gewerkschaftslager sorgte auch die Vergabe der Essensversorgung an das Catering-Unternehmen Apetito. Dies verteidigte der Aufsichtsrat als wichtigen Schritt, um die Betreibergesellschaft aus den roten Zahlen zu führen. Die Auseinandersetzung gipfelte schließlich in der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden im SZ Grullbad, Rolf Kohn.

Als Konsequenz aus der öffentlichen Debatte bat Lammers dann Anfang Februar 2007 den Aufsichtsrat um die Entbindung von der nebenamtlichen Geschäftsführung. Zu dem Amt war er gekommen, als er noch vor seinem Wechsel zur Vestischen Arbeit stellvertretender Leiter des Sozialamtes der Stadt war.

„Buhs" am 1. Mai

(Recklinghäuser Zeitung 02.05.07)

SZ Grullbad verfolgt Bürgermeister

FESTSPIELHÜGEL. (tf) Der Konflikt um das Seniorenzentrum (SZ) Grullbad und die Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Kohn verfolgte Bürgermeister Wolfgang Pantförder auch bei der Eröffnung der Ruhrfestspiele. Unter einer DKP-Fahne skandierten Kreistagsmitglied Detlef Beyer-Peters und Werner Sarbok: „Wir rufen ohne Megaphon - Solidarität mit Rolf Kohn". Das Duo blieb bei seinem Versuch, Pantförder zu übertönen, allerdings alleine. Der Bürgermeister lud die Rufer ungerührt zum Kartenkauf für die Ruhrfestspiele ein.

Weniger für mehr

(WAZ Recklinghausen 02.05.07)

Das Wort Skandal macht bei den DGB-Veranstaltungen im Vest die Runde. Die Forderung: „Arbeitnehmer müssen endlich am Aufschwung teilhaben." Aber immer weniger gehen für mehr Lohn auf die Straße

...

In Recklinghausen geht der Aufschwung an den Gewerkschaften vorbei. Jedenfalls dann, wenn man die Köpfe des Demonstrationzuges zum grünen Hügel am Ruhrfestspielhaus als Maßstab nimmt. Nur knapp 150 Menschen zogen durch die Innenstadt. Dafür stand - neben dem bundesweiten DGB-Motto - ein lokales Thema im Vordergrund: Die Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden im Seniorenzentrum Grullbad. „Solidarität mit Rolf Kohn", skandierte die Truppe. Für Bürgermeister Wolfgang Pantförder (CDU) gab's dementsprechend Pfiffe, als er auf der DGB-Bühne im Festspielpark sprach. Den Ein-Euro-Jobbern - und den meisten anderen Zuhörern auch - sprach Hauptredner Michael Vassiliadis aus der Seele. Er kritisierte Dumpinglöhne von knapp 3 Euro. „Davon kann niemand leben, das ist ein Skandal."

Neue Stellen im SZ Grullbad

(Recklinghäuser Zeitung 09.05.07)

Recklinghausen. (hb) Vertreter der Gewerkschaft ver.di haben Bürgermeister Wolfgang Pantförder nochmals aufgefordert, endlich einen Schlusstrich unter den arbeitsrechtlichen Konflikt mit dem Betriebsratsvorsitzenden im Seniorenzentrum (SZ) Grullbad, Rolf Kohn, zu ziehen.

Dieser ist derzeit beurlaubt, nachdem er erfolgreich vor dem Arbeitsgericht Herne gegen seine Kündigung geklagt hatte. Der Aufsichtsrat des SZ Grullbad war daraufhin vor das Landesarbeitsgericht Hamm gezogen, wo der Fall in zweiter Instanz am 8. Juni erneut verhandelt wird. "Wir bereiten bereits einen Bürgerantrag vor, mit dem Ziel, den Rat zu beauftragen, den Aufsichtsrat des Seniorenzentrums anzuweisen, die Kündigung gegen Rolf Kohn zurückzunehmen. Dieser soll am Tag

der Verhandlung in Hamm eingereicht werden", erklärte Detlev Beyer-Peters, der nicht nur ver.di-Vertreter, sondern auch Sprecher der Solidaritätsinitiative für Kohn ist. In einer Ratssitzung hatte Dezernentin Genia Nölle zwar erläutert, dass der SZ-Aufsichtsrat autonom handeln könne. "Da sind wir jedoch anderer Auffassung und werden dies auch durch ein Rechtsgutachten belegen", kündigte Beyer-Peters an.

Die Belegschaft steht offenbar weiter hinter ihrem Betriebsratsvorsitzenden. 70 % der Mitarbeiter haben sich laut ver.di per Unterschrift mit Kohn solidarisch erklärt. Beyer-Peters berichtet, dass sich die Arbeitsbedingungen im SZ Grullbad deutlich verschlechtert hätten, seit der Aufsichtsrat die Beschäftigung von Ein-Euro-Kräften komplett eingestellt habe. "Das hat zu erheblichen Problemen im Betrieb geführt. Mittlerweile wurden nach unserer Kenntnis Leiharbeiter bzw. geringfügig Beschäftigte in einer Größenordnung von insgesamt vier Stellen eingestellt. Auch dadurch sehen wir unsere Kritik am Einsatz von Ein-Euro-Kräften bestätigt", sagt ver.di-Sekretär Thorsten Waschulewski. So hatte die SZ-Führung stets behauptet, die Ein-Euro-Kräfte hätten nur zusätzliche Arbeiten erledigt.

Den nächsten Konflikt sieht ver.di im SZ Grullbad bereits vorprogrammiert. Der Caterer Appetito hat den von der städtischen Einrichtung übernommenen Küchenkräften bereits signalisiert, nach Auslaufen von deren Bestandsschutz im Juni neue Verträge abschließen zu wollen. Dies wäre für die Betroffenen mit einem Lohnverzicht von 40 % verbunden.